Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 12.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Rochstraße 73 III
Fernsprecher:
Schriftleitung: Zentrum 614, 964, 965, 1580, 1589, 1583. Für Nachtgespräche 1580
Geschäftsstelle: Amt Moritzplatz 1902, 3248, 3394.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 4.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen und Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag

Nummer 215. Montag, 5. Mai 1919. Abend-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Die Anfrage der deutschen Delegation.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

K. Versailles, 4. Mai.

Auf die gestern erfolgte amtliche Anfrage der deutschen Delegation an die Verbandsregierungen, wann die Friedensvertrag übereicht werde, ist auch heute noch keine bestimmte Antwort eingegangen. Die Delegation hat nun beschlossen, an den Verband die Aufforderung zu richten, bis morgen abend fünf uhr eine bestimmte Erklärung betreffs des Tages der Uebergabe des Vertrages zu erteilen. Von deutscher Seite erfolgte schon gestern die Mitteilung, daß die deutsche Kommission mit der Prüfung der Vollmachten fertig sei und das Ersuchen einer Anberaumung der Sitzung zur Wiederzustellung der beiderseitigen Vollmachten. Gegen die neuen Absperrungsmaßnahmen, die in Form von Lattenzäunen auf den Bürgersteigen der freigegebenen Straßen getroffen wurden, wurde im Laufe des Nachmittags protestiert.

* * *

Der Antrag der deutschen Friedensdelegation bei den Verbandsregierungen auf Beschleunigung der Ueberreichung des Friedensvertragsentwurfes ist sachlich durchaus berechtigt und liegt ebenso sehr begründet in den Formregeln des diplomatischen Verhandlungsverkehrs. Als der französische Kabinettsvorsitzende der deutschen Regierung am 18. April die dringende Einladung zur Absendung von bevollmächtigten Delegierten übermitteln ließ, waren seit Abschluß des Waffenstillstandes volle fünf Monate vergangen. Die gegnerische Note vom 20. April, die sich mit der Absendung von deutschen Delegierten lediglich zu dem Zweck der Zuempfangnahme des Friedensvertragsentwurfes nicht einverstanden erklärte, forderte für die deutschen Vertreter in Versailles ebenso weitgehende Vollmachten für die Behandlung der Friedensfrage, wie die Vertreter der alliierten und assoziierten Regierungen sie hätten. Wie weit diese Vollmachten gingen, war nicht näher umschrieben, konnte auch nicht näher umschrieben werden, da tatsächlich die Vollmachten der Vertreter der einzelnen gegen und verbündeten Staaten verschieden sind. Wenn das offizielle Organ des französischen Ministeriums des Auswärtigen heute angewiesen, ob die Vollmachten unserer Vertreter ausreichend sind, auf die neue Reichsverfassung, auf den Begriff „Empire Allemand" zurückgreifen will, der eine logische Uebersetzung für „Deutsches Reich" in seiner durch die Revolution neu geschaffenen Struktur nicht sei, so kann das nicht anders als Verschleppungstaktik genannt werden. Wollte die französische Regierung warten, bis alle Staaten, die, im Kriege mit ihr vereint, auch gemeinsam mit ihr über den Frieden mit Deutschland verhandeln, in allen Einzelfragen wirklich einig wären, so könnte der Friedensvertragsentwurf der deutschen Delegation wohl überhaupt niemals ausgeliefert werden. Die deutschen Delegierten warten seit 5 Tagen auf die Ueberreichung des Entwurfes. Mag auch die Art und Weise, wie für die Deutschen in Paris die Bewegungsfreiheit gehindert ist, vielleicht nicht dem Wunsch der Erniedrigung entspringen, sondern der Rücksicht auf die Deutschen selbst zuzuschreiben sein, so entspricht doch der ganzen Lage, der dringenden Einladung der französischen Regierung, der vorherigen langen Wartezeit von fünf Monaten, der eigenartigen Stellung unserer Delegation in Paris, vor allem den Formen des diplomatischen Verkehrs, die seit Paris durch 2½ Jahrhunderte in der Welt maßgebend war, die sofortige Uebergabe des Friedensvertragsentwurfes an die deutschen Abgesandten. Schließlich darf auch nicht vergessen werden, daß drei Reichsminister und zahlreiche Führer des deutschen Wirtschaftslebens in Paris sind, und daß deren Arbeit in Deutschland selbst nur so lange entbehrt werden kann, wie dies unbedingt erforderlich ist. H. Ks.

In Erwartung der Antwort.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

K. Versailles, 5. Mai.

Durch den gestern in später Abendstunde gefaßten Delegationsbeschluß, von dem Verband eine Erklärung über den Zeitpunkt der Uebergabe des Vertrages zu verlangen, sind die Dinge einigermaßen in Fluß gekommen. Daß eine ausweichende Antwort von Folgen begleitet sein könnte, die kaum im Interesse des Verbandes liegen würden, steht außer Zweifel. Jedenfalls ist in den Kreisen der Delegation der dringende Wunsch vorhanden, eine Klärung der Lage herbeizuführen, um so mehr als die Anwesenheit einzelner Minister in Berlin notwendig wird.

In Paris selbst scheinen keine wesentlichen Fortschritte erzielt worden zu sein. Der gestrige Ministerrat nahm Kenntnis von dem Text des Friedensvertrages, dessen tausend Paragraphen in vierhundert zusammengezogen wurden. Ob eine Aufforderung an Italien abgegangen ist, steht nicht fest. Die Morgenblätter sind jedenfalls nicht in der Lage, Genaueres mitzuteilen.

„Matin" bringt einen etwas weinerlichen Aufsatz über das durch Frankreich zum Triumph geführte, nunmehr aber uneinige Europa und betont, daß je mehr Zeit verloren gehe, umso unlösbarer das italienische Problem werde. Dasselbe gelte auch für Belgien. Dagegen hat die „Daily Mail" Hoffnung auf eine Lösung des italienischen Konfliktes innerhalb der nächsten 24 Stunden. In wieweit der Pariser „New York Herald" zu Hoffnungen über eine bevorstehende Lösung der belgischen Spannung berechtigt ist, bleibt abzuwarten. Die Antwort, welche die deutsche Delegation heute nachmittag vom Verband erwartet, dürfte ein Gradmesser für die inneren Schwierigkeiten sein.

Versailles, 4. Mai. „Temps" berichtet: Der Prüfungsausschuß der Verbündeten für die Vollmacht der Deutschen, bestehend aus Cambon, Hardinge und Henry White, prüfte die deutsche Vollmacht. Fragen sollen schriftlich an die deutsche Delegation gerichtet werden, welche auf demselben Weg antworten wird. Auch nach der Vorlegung des Vertrages wird dasselbe Verfahren angewendet werden.

Die Antwort auf die deutsche Polennote.

Abstreitung Paderewskis.

Mitteilung der Waffenstillstandskommission.

Auf die an Marschall Foch gerichtete Note des Reichsministers Erzberger über die polnischen Angriffsabsichten überreichte die französische Kommission in Spaa am 4. Mai folgende Antwort:

Herr Paderewski, Chef der polnischen Regierung, dementiert auf das bestimmteste, daß die polnische Regierung herausfordernde Absichten gegen Posen und Oberschlesien hätte und daß polnische Streitkräfte dorthin geschickt worden wären. Er fügt hinzu, daß, wenn Truppenbewegungen in diesen Gebieten beobachtet worden sind, es sich nur um lokale Truppenabteilungen handeln kann, die die Ablösung oder die Verproviantierung der schon dort stationierten Truppen sichern. Soviel er wisse, seien keine polnischen Truppen in Oberschlesien, außer vielleicht in der Gegend von Teschen, die für Deutschland ohne Interesse sei. Herr Paderewski erklärt außerdem, daß Polen entschlossen ist, die Bedingungen des mit Deutschland abgeschlossenen Waffenstillstandes restlos einzuhalten. Bringen Sie diese Erklärung gefälligst zur Kenntnis der deutschen Regierung.

* * *

Wie die Erklärung über die Erfüllung des Waffenstillstandes aufzufassen ist, zeigen die vielen Fälle der Waffenstillstandsverletzungen, über die wir fortlaufend berichteten.

Der „Dank an die Schuldigen".

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

K. Versailles, 4. Mai.

Die Pariser Presse greift den Dank des Reichspräsidenten Ebert an Hindenburg auf, um so — besonders der „Donnerstag Libre" — die Behauptung zu erheben, dieser „Dank an die Schuldigen" sei begleitend dafür, daß Deutschland nichts aus den Kriegserfahrungen gelernt habe und was der Verband unter diesen Umständen von einem Staatsgerichtshof erwarten könne. Der Brief Eberts beweise, daß die Bestrafung der Schuldigen eine die deutsche Kraft überfordernde Aufgabe sei und daß diese daher vom Verband erfüllt werden müsse.

* * *

Es wirkt lächerlich, wenn die französische Presse jede Gelegenheit aufgreift, um die angebliche Unschuld im eigenen Lager der alleinigen Schuld Deutschlands gegenüberzustellen und die Tugen der Verbündeten zu fügen. Der Dank an Hindenburg ist eine rein deutsche vaterländische Angelegenheit, die keinen Franzosen etwas angeht.

Die Kiautschoufrage und China.

K. Versailles, 4. Mai. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Während die französische Presse den Eindruck verschweigt, den die Abgabe Kiautschous an Japan in den chinesischen Kreisen hervorgerufen hat, gibt die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune" die Auffassung der chinesischen Delegation wieder, die den Beschluß des Dreierrates als eine Verletzung des Geistes des Völkerbundes brandmarkt.

Italienische Demonstrationen in Dalmatien.

Spalato, 4. Mai. (Eigener Korresp.-Bureau.) Aus Zara und Sebenico wird berichtet, daß die Italiener große Transporte von Militär und Kriegsgerät aller Art ausschiffen. Die Streitkräfte werden im Osten des Landes zusammengezogen. Die Bergagenden und Pässe werden besetzt.

Mögliche Abreise der Minister Landsberg und Giesberts.

Dem Ministerpräsidenten Clemenceau ist gestern, wie wir erfahren, mitgeteilt worden, daß die beiden Reichsminister Giesberts und Landsberg Paris verlassen müßten, wenn nicht bis heute nachmittag um 5 Uhr bekanntgegeben würde, daß die Uebergabe des Friedensvertragsentwurfes in Bälde erfolgt.

*

Diese Mitteilung der deutschen Regierung an Clemenceau ist durchaus nicht als ein Ultimatum aufzufassen, das, wenn es nicht Berücksichtigung fände, etwa den Abbruch der Verhandlungen zur Folge haben würde. Grund für die deutsche Erklärung ist vor allem, daß die beiden Reichsminister sehr beschäftigt sind und es nicht verantworten können, tatenlos, also zwecklos, in Paris zu bleiben, sondern, daß sie sich vielmehr ihren heimischen Aemtern widmen müssen. Sollte die Abreise der beiden Minister erfolgen, so werden sie sich zu dem angebenen Zeitpunkt wieder nach Paris zurückbegeben, um bei der Entgegennahme des Vertragsentwurfes anwesend zu sein.

Die Wirtschaftsverhandlungen auch in Versailles.

An zuständiger Stelle erfahren die „P.P.N.": Die für den 6. Mai in Spaa anberaumte Zusammenkunft betreffs des Luxemburger Abkommens ist nach Versailles verlegt worden. Die deutsche Regierung ist eingeladen worden, ihre Vertreter so rechtzeitig nach Versailles zu entsenden, daß die Besprechungen spätestens am 9. Mai beginnen können.

Sitzung des Friedensausschusses.

Die Sitzung des Friedensausschusses der Nationalversammlung findet heute um 6 Uhr im großen Saale des Reichsfinanzministeriums statt.

Der Vertragsentwurf im französischen Ministerrat.

Paris, 5. Mai. (Havas.) Der französische Ministerrat nahm die Friedensvorbereitungen zur Kenntnis. Es kam zu einem längeren Meinungsaustausch über die meisten auf der Friedenskonferenz besprochenen Fragen. „Temps" meldet, daß Tardieu eine sehr eingehende Uebersicht über den ganzen Vertrag gab. Die technischen Bedingungen wurden nach einander durch die zuständigen Minister besprochen.

Die Haltung Belgiens.

Brüssel, 4. Mai. (Havas-Reuter.) Der Kronrat hat beschlossen, den Friedensvertrag zu unterzeichnen und um die Unterstützung der Verbündeten zwecks Eröffnung von Unterhandlungen mit Holland wegen der Freiheit der Schelde und der östlichen Flußverbindungen Belgiens zu ersuchen.

Amsterdam, 5. Mai. Nach Meldungen aus Belgien wurden dort gestern Massenkundgebungen gegen die Beschlüsse des Dreierrats und für bessere Friedensbedingungen veranstaltet.

Die vermutete Rückkehr der Italiener.

Paris, 4. Mai. (Reuter.) Der Rat der Dreihat Italien eingeladen, an den Sitzungen der Friedenskonferenz wieder teilzunehmen. Die Einladung ist in einem Tone gehalten, der vermuten läßt, daß Italien sie annehmen wird.

Versailles, 4. Mai. „Intransigeant" will wissen, daß Italien Fiume erhalte, so daß die Rückkehr seiner Vertreter zweifellos feststehe und Donnerstag erfolge. Der Vertrag könne demnach Freitag oder Sonnabend überreicht werden.

Versailler Peinlichkeiten.

Für den 25. April war die deutsche Friedensdelegation nach Versailles eingeladen worden, und der Dringlichkeit, mit der die Einladung geschah, trugen unsere Delegierten durch tunlichste Abkürzung ihrer Reisevorbereitungen um so bereitwilliger Rechnung, als man auf deutscher Seite den aufrichtigen Wunsch hatte, keinen Tag zu verlieren, der einer Förderung des Friedenswerkes dienen konnte. Nun sitzen unsere Delegierten seit dem 29. April in Versailles und warten der Dinge, die da kommen sollen, warten in einer Umgebung und unter dem Druck wenig würdiger äußerer Verhältnisse, die das an und für sich schon so peinliche Warten zu einem förmlichen Martyrium machen müssen. Und noch ist ein Ende des Wartens nicht abzusehen. Hieß es zunächst, daß der Entwurf des Friedensvertrages unserer Delegation am Sonnabend oder am Sonntag vorgelegt werden würde, wurde alsdann gesagt, daß die Ueberreichung des Dokumentes um die Mitte der laufenden Woche erfolgen solle, so wird jetzt davon gesprochen, daß man erst für das Ende der Woche auf die Vorlegung des Entwurfs rechnen könne. Und in der Tat sprechen mancherlei Anzeichen dafür, daß die Entente ihre Verschleppungstaktik fortsetzen wolle. Natürlich sind es Spiegelfechtereien, wenn in der französischen Presse behauptet wird, daß die deutschen Vollmachten zu Zweifeln an ihrer Zulänglichkeit Anlaß geben, daß insbesondere nicht klar sei, ob sie auch für Bayern ausreichen; und wenn es richtig ist, daß jetzt erst die Entente an das Studium der deutschen Reichsverfassung herangehe, um diese Frage zu prüfen, so ist das nur ein Beweis mehr für die auf seiten der Entente bestehenden Verschleppungsabsichten.

Der Grund für diese Manöver ist klar genug: nicht bloß die Schwierigkeiten mit Italien sollen ausgeglichen werden, bevor der Friedensvertrag vorgelegt wird, sondern auch andere Differenzen sind zu beseitigen, vor allem jene, die durch die Haltung Belgiens wegen der Erfüllung seiner Finanzansprüche entstanden sind.

Wie unsererseits spekulieren nicht auf Mißhelligkeiten zwischen den Alliierten, wie Graf Brockdorff-Rantzau erst neuerdings wieder mit aller Entschiedenheit erklärt hat, und man wird ihm zustimmen, wenn er eine solche Spekulation als eine schlechte Politik kennzeichnet, weil sie unehrlich, töricht und aussichtslos wäre. Wir wollen auf der Grundlage, zu deren Annahme wir uns verpflichtet haben, als wir im November vorigen Jahres die Wilsonprogrammes, auf das sich ja auch unsere Gegner verpflichtet haben, einen Frieden des Rechts und der Versöhnung zustande bringen. Darauf allein richten wir unser Augenmerk, und gerade darum müssen wir gegen die Verschleppungstaktik der Entente den schärfsten Protest einlegen. Sie schafft nicht die Atmosphäre, die für die Förderung des Friedenswerkes vonnöten ist, sondern im Gegenteil, sie führt zur Gereiztheit, zu nervösen Spannungen, zu Verbitterungen, kurz zu Stimmungen, die dem Friedenswerk abträglich sein müssen, ja sogar ihm gefährlich werden können.

In Versailles sitzen drei Reichsminister, Graf Brockdorff-Rantzau, Landsberg und Giesberts. Es sitzen dort zahlreiche Regierungsbeamte und viele leitende Männer aus den wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen. Sie alle haben in der Heimat wichtige Arbeit zu leisten, und nun werden sie durch die Entente gezwungen, im peinlichen Warten nutzlos ihre Zeit zu vergeuden. Es ist durchaus verständlich, wenn man sich in den Kreisen der deutschen Delegation gegen diese unerhörte Zumutung auflehnt, und wenn sich die Delegierten jetzt schon ernstlich die Frage vorlegen, ob man eine weitere Hinausschiebung der Vorlage der Friedensbedingungen in Versailles abwarten soll, oder ob man nicht besser tut, zunächst in die Heimat zurückzukehren, und erst dann wieder sich nach Versailles zurückzubegeben, wenn der definitive Text des Vertragsentwurfes und auch der Termin der Ueberreichung von seiten der Entente festgelegt ist. Solche Erwägungen liegen um so näher, als die äußeren Verhältnisse, unter denen unsere Delegierten in Versailles zu leben gezwungen sind, infolge der Rigorosität der französischen Behörden, die mit den Gedoten der internationalen Höflichkeit kaum mehr in Einklang zu bringen ist, immer drückender werden.

Die Spitzfindigkeiten wegen der Vollmachten.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

K. Versailles, 4. Mai.

Nachdem die französische Regierung gestern ein Exemplar der Reichsverfassung erhalten hat, scheint sie in der Ergebnisse der raschen Durchsicht Gründe finden zu wollen, mit denen sie Verzögerung der Rückgabe der Vollmachten und überhaupt ihre ganze Verschleppungspolitik verständlich zu machen sucht. Jedenfalls ist in diesem Sinne der heutige Leitartikel des „Temps" aufzufassen, der sich auffallenderweise auf Grund der Verfassung mit der Gültigkeit der deutschen Vollmachten befaßt, hinter welche er gerne ein Fragezeichen setzen möchte. So fragt das Blatt, welches denn eigentlich die Kompetenzen der Delegation seien, die ihnen nach dem Schriftstück Eberts zuständen. Hiernach hätten sie die Vollmacht, mit den Vertretern der alliierten und assoziierten Regierungen über das Projekt eines Friedensvertrags zu verhandeln und Bedingungen zu unterzeichnen, über welche man einig geworden sei, unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Reichsregierung. Ueber diese Formel wünscht der „Temps" Aufklärung.

Das Blatt unterstellt der deutschen Regierung die Ansicht, daß lediglich ein Projekt vorliege, dessen sämtliche Teile verhandelt werden könnten, ferner, daß die Delegierten den Auftrag hätten, nur die Bedingungen zu unterzeichnen, über welche ein Uebereinkommen getroffen würde, und fragt: Muß daraus geschlossen werden, daß Deutschland sämtliche Kapitel diskutieren will und die Delegierten eines Tages bei dem Debattenschluß erklären, nicht bevollmächtigt zu sein, die Kapitel zu unterzeichnen, über die eine Verständigung nicht erzielt wurde? Es wäre besser, sozusagen sich darüber auszusprechen und auszuweichende Reden zu vermeiden.

Aber selbst, wenn die Delegierten den Vertrag unterzeichneten, glaubt das Blatt an der Vollständigkeit der Vollmachten zweifeln zu müssen und will nicht verstehen, was eine Unterzeichnung unter der Bedingung einer Billigung der Reichsregierung zu bedeuten habe. Wenn der Reichspräsident die Delegierten bevollmächtige, den Vertrag abzuschließen, so sei doch anzunehmen, daß er durch Unterschrift der von ihr Beauftragten gebunden sei. Der „Temps" fragt, wie es möglich sei, daß dann die Zustimmung der Reichsregierung noch vorbehalten bleibe.

Ebenso findet das Blatt in den Artikeln 6 und 4 einen Haken und fragt, was man zu tun gedenke, wenn die Nationalversammlung und der Staatenausschuß uneinig wären. Dies käme in der Verfassung nicht zum Ausdruck, die auch einen Fall vorsähe, in dem Regierung und Staatenausschuß zwar untereinander einig seien, jedoch ihre Vorschläge von der Nationalversammlung zurückzuweisen sehen würden. Ein solcher Konflikt könnte die Ratifikation des Vertrages verhindern. Auch in der Erfüllung dieser vorläufigen durch die endgültige Verfassung sieht der „Temps" kein Hilfsmittel dafür. Wenn schließlich auch die Genehmigung des Reichstages vorliege, so bleibe noch die Frage des Referendums offen. Hierfür zieht der „Temps" den Artikel 64 a heran.

Die Zuständigkeit für den Friedensschluß.

Das Hinausschieben der Bekanntgabe des Friedensvertragsentwurfes wird in der französischen Presse überhaupt vielfach damit begründet, daß die Aktidlegitimation unserer Delegierten von französischer Seite in Frage gezogen wird. Insbesondere weist die Presse seitdem vielfach darauf hin, daß nicht nur die Genehmigung der Nationalversammlung, sondern auch der preußischen Landesversammlung für den Abschluß des Vorfriedens notwendig wäre. Die Reichsregierung hat von Anfang an keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Delegierten nicht die Vollmacht haben, selbständig den Frieden abzuschließen, daß vielmehr das Kabinett entscheiden müsse und dieses wiederum nicht kann, ohne daß vorher Nationalversammlung und Staatenausschuß ihrerseits Stellung genommen haben. Nach der Reichsverfassung ist es nicht zweifelhaft, daß der Friedensvertrag als abgeschlossen anzusehen ist, wenn Reichspräsident und Reichsministerpräsident ihre Einwilligung zum Abschluß des Vertrages gegeben haben. Im Gegensatz zur Nationalversammlung hat die preußische Landesversammlung als solche mit dem Abschluß des Vorfriedens nichts zu tun. Wohl sieht die preußische Verfassung vor, daß die Landesversammlung dazu Stellung zu nehmen hat, wenn Gebietsabtretungen im Gesetzeswege erfolgen. Im Falle des Friedensvertrages handelt es sich indessen nicht um im Gesetzeswege erfolgende Gebietsabtretung sondern um Gebietsabtretungen, die in Form von internationalen Verträgen abgeschlossen werden, und hierfür sind lediglich die Reichsregierung und gesetzgebenden Körperschaften des Reiches zuständig.

Frankreich und Deutschland.

Versailles, 4. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) „Libre Parole", das Blatt Clemenceaus, bringt unter Titel „Les allemands qui nous font des platitudes" einen Auszug aus Georg Bernhards Artikel in der „Vossischen Zeitung" und erklärt dazu: Deutschlands Mitarbeit an dem Wiederaufbau Frankreichs hänge nicht von dem guten Willen Deutschlands ab, sondern werde als Strafe auferlegt. Frankreich werde nicht schnell genug vergessen, um eine Entente mit Deutschland für möglich zu halten.

* * *

Diese Aeußerung des französischen Blattes dürfte wohl die wahre Stimmung unseres westlichen Nachbarn richtiger und unbefangener spiegeln, als die Darstellungen, die in einem Teil der deutschen Presse von der Gemütsverfassung der Franzosen namentlich in letzter Zeit gegeben werden. Es gibt in Deutschland eine kleine aber laute Gruppe von Publikern und Schriftstellern, die nicht müde werden, dem deutschen Volke einzureden daß es nur einer Geste der deutschen Politik bedürfe um Frankreich zur Versöhnung, ja zur Freundschaft zu bringen. Diese Illusionierung des deutschen Publikums ist, wie überhaupt jede Verschleierung der Wahrheit, äußerst gefährlich, weil sie da und dort, wo jene Lehren Glauben gefunden haben, zu unvorsichtigen, törichten und faktischen Freundschaftskundgebungen für Frankreich verführt die nur einer Seite

flußungen zu Frankreich wieder bessern und schließlich freundschaftlich entwickeln, aber wir halten eine deutsche Zurückhaltung für den besseren Weg zu diesem Ziele, weil in ihm eine taktvollere Schonung der französischen Gefühle liegt, als wenn wir so zu tun bemüht sind, als sei zwischen uns überhaupt nichts vorgefallen. Man muß lediglich menschlichen Denken begreifen, nicht einmal spezifisch französisches, um die Richtigkeit einer solchen Ueberlegung zu erkennen. Wir wundern uns daher durchaus nicht über das Echo, das aus Paris kommt, wenn in Deutschland „Blattlüden" veröffentlicht werden, und möchten nur wünschen, daß die französische Presse weniger oft Gelegenheit hätte, zu sagen, daß sie uns nicht liebt und nicht lieben will.

-r.

Die Absage der französischen Sozialisten.

Ausbruch aus der Konferenz und Regierung.

Versailles, 5. Mai. „Humanité" teilt mit, daß der Generalsekretär des Allgemeinen Arbeitsbundes, Jouhaux, sein Mandat als Abgeordneter der Arbeiterwerkschaften bei der Pariser Konferenz zum Protest gegen die Haltung der französischen Regierung unklüglich der Maßeier niedergelegt hat. Da die französische Regierung den Arbeitern die Freiheit verweigerte, könne der Vertreter der Arbeiter auf der Pariser Konferenz gleichfalls keine Freiheit besitzen. „Humanité" bedauerlicherweise Jouhaux zu dieser Handlung.

Der Verwaltungsausschuß der sozialistischen Partei ersuchte infolge der Zwischenfälle bei der Maßeier die sozialistischen Deputierten und Regierungskommissare für Arbeiten und Handelsmarine, Compère-Morel und Uhrwiz, ihr Regierungsamt sofort niederzulegen. Beide sind dieser Aufforderung unverzüglich nachgekommen. Im Laufe des gestrigen Ministerrats gab Clemenceau seiner Rücktritt bekannt. Der Handelsminister Clementel übernimmt die vorläufige Geschäftsführung der Handelsmarine, später soll ein Generalsekretariat der Handelsmarine geschaffen werden, welches dem Staatsrat de Lonche übertragen werden soll. Kein Sozialist ist mehr Mitglied der französischen Regierung.

Der Pariser Bankstreik.

K. Versailles, 5. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) In Paris streiken die Bankbeamten und die Konfektionsarbeiter.

Paris, 4. Mai. Die Bankangestellten sind in den Ausstand getreten, als ihre Forderungen nicht bewilligt wurden, nur die Angestellten der Bank von Frankreich und des Credit Foncier streiken nicht, da die Direktionen beider Banken sich bereit erklärt haben, mit ihren Angestellten die Forderungen zu erörtern.

Dillon über den deutschen Völkerbundsplan.

Im „Daily Telegraph" vom 30. April werden die Leser mit dem deutschen Völkerbundsentwurf bekannt gemacht. Dillon betont dabei vor allem, daß der Entwurf sich von jedem Militarismus freihalte und daß diese Tatsache auf die Delegierten der Pariser Konferenz den tiefsten Eindruck machen müßte. Zahl und Zusammensetzung der deutschen Delegation, besonders die Hinzuziehung vieler Sachverständigen beweise, daß die Deutschen nicht bloß zum Unterzeichnen, sondern zum Verhandeln gekommen wären. Wenn auch der Viererrat sich in diesem Punkte bereits festgelegt habe, so erscheine es doch keineswegs ausgeschlossen, daß es zu einer Revision seines Standpunktes kommen würde.

Ein englisches Lebensmittelschiff in Hamburg.

Hamburg, 4. Mai. Der englische Dampfer „Greenhall" ist heute mit 2500 Tonnen Lebensmitteln von London kommend, im Hamburger Hafen eingetroffen. Der Dampfer ist der erste englische Dampfer, der nach Kriegsausbruch nach Hamburg gekommen ist.

Die Leidungen des Verbandes für Bayern.

-k. Augsburg, 5. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der Funkdienst des bayerischen Schützenkorps Epp hat einen Funkspruch des Pariser Eiffelturms aufgefangen, wonach die ungarische Räterepublik die Bedingungen des Verbandes vorbehaltlos angenommen hat. Die ungarische Räterepublik geht auf die Forderung der Ablieferung der Waffen und Munition ein und willigt in die Besetzung von Budapest durch die Verbündeten ein.

Budapest, 5. Mai. Das Ungarische Korrespondenzbureau erklärt, an der Pariser Meldung, die Budapester Regierung habe die Bedingungen der Verbündeten, sofortige Kapitulation der Regierung, Uebergabe aller Waffen und der gesamten Munition sowie die Besetzung von Budapest durch die Verbündeten angenommen sei kein wahres Wort.

Rumäniens Kampf um seine innere Freiheit.

Von einer Persönlichkeit, die vor kurzem aus Rumänien kommt, erhalten wir folgende Schilderung der dortigen Lage:

Rumänien ist Hans im Glück. Es sieht seine kühnsten Träume vor der Verwirklichung. Es hat nach dem Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie als Verbündeter des Verbandes alle die Gebiete in Siebenbürgen, im Banat, in der Bukowina besetzen dürfen, auf denen sich im Laufe der Jahrhunderte rumänische Hirtenfamilien angesiedelt haben. Es haben die zahllosen Despoten der rumänischen Bergangenheit, vor deren grausamem Regiment so viele Rumänen in die Nachbarländer geflüchtet sind, sich nun noch nachträglich das Verdienst erworben, durch ihre Schreckensherrschaft die Grundlage für Groß-Rumänien gelegt zu haben. Viel innere Werte brachten die Einwanderten zwar nicht mit, aber sie treiben praktische Politik, indem sie sich fleißig vermehren. Sie stehen unter dem Einfluß der schwäbischen, sächsischen und magyarischen Kultur freilich heute auf einer weit höheren Bildungsstufe als ihre Brüder in der Walachei, die noch zu 75 Prozent Analphabeten sind. Aber diese haben das Glück gehabt, daß ihre Nachbarstaaten im Kampf mit dem Verband unterlagen, und darum dürfen sie jetzt nach Herzenslust zugreifen.

Und nun ist in Bukarest wieder alles wie vor dem militärischen Zusammenbruch im Herbst 1916. Begeisterung für den Verband, Deutschenhetze, Verhaftungen, Verfolgungen, Beschlagnahmen, rumänische Gleichgültigkeit, ein Ueberschwang von Gefühlen und eine Einbildung, die keine Grenzen kennt. Das ist das Bild des offiziellen Rumäniens. Es hat nichts gelernt, alles vergessen. Aber die zwei Jahre tiefeinfreifender geistiger und seelischer Umbildung in der Welt sind auch an den rumänischen Volk nicht spurlos vorübergegangen. Es will nicht dulden, daß in dem beginnenden demokratischen Zeitalter in dem zu neuem gewaltigen Aufsaben berufenen Groß-Rumänien die Despotie der Hausmacht Bratianu weiter besteht. Verhaftungen von den zwanzig neu ernannten Bukarester Zeitungen führen täglich einen scharfen Kampf gegen die Geschäftspolitik der Regierung, den diese vergebens durch eine strenge Handhabung der Zensur zu unterdrücken sucht. In diesem ständigen Protest kommt die Stimme der öffentlichen Meinung des ganzen Volkes zum Ausdruck, und es ist kein Zweifel, daß sich die Regierung Bratianu nicht mehr lange am Ruder halten kann, wenn es ihr nicht gelingt, das Kabinett durch Führer anderer Parteien zu stützen. Der wiederholte Versuch Bratianus, Take Ionescu zum Eintritt in seine Regierung zu bewegen, ist an dessen Ablehnung gescheitert. Es wird in politischen Kreisen geladelt, daß Bratianu selbst in dieser bedeutungsvollen Zeit die Geschicke des Landes nur als eine Angelegenheit seiner Partei betrachtet. Seine egoistische Politik hat es verhindert, daß angesichts der Friedenskonferenz eine aus allen Parteien und aus allen Gebieten, auch aus den neuen Provinzen, zusammengesetzte Regierung gebildet wurde, um Rumänien und im sichersten Sinne den rumänischen Staat geschehen ist. Bratianu gilt daher den Rumänen auf der Pariser Konferenz nicht als der Beauftragte des vereinigten rumänischen Volkes, sondern nur als der Vertreter seiner Partei, und man glaubt, daß er nur deshalb nach Paris gekommen ist, damit seine liberale Partei den Gebietszuwachs, der Rumänien zufallen wird, vor dem Volke als ein Verdienst ihrer Politik hinzustellen vermag.

Mag auch die liberale Partei auf Grund ihrer weit verzweigten und bestfundierten Organisation in der Walachei und in der Moldau die Macht nach einigermaßen fest in den Händen haben, in den neuen Provinzen verliert sie Einfluß und ihre Regierungssturz. Auf diese sind daher die Blicke aller derjenigen gerichtet, die Rumänien von seiner ausbeuterischen Oligarchie befreit sehen möchten. Vergebens hat die Regierung Bratianu geheißt, daß die führenden Politiker von Siebenbürgen oder von der Bukowina in die liberale Partei eintreten. Sie haben im Gegenteil bei jeder Gelegenheit zu erkennen gegeben, daß sie den gehässigen persönlichen Kampf innerhalb der Parteien, wie er sich zurzeit in Bukarest in aller Weise abspielt, aufs schärfste verurteilen und ihn für das größte Hindernis betrachten für eine freie innere Entfaltung Rumäniens. Die politischen Führer von Siebenbürgen, von der Bukowina und von Bessarabien wollen in diesen Tagen in Czernowitz zu einer Besprechung zusammenkommen, um einen einheitlichen Block der neuen Provinzen gegen die unheilvolle Bukarestherrschaft zu schaffen. So kann die Bildung Groß-Rumäniens in doppelter Hinsicht ein Glück und eine Rettung für den in der inneren Politik so rückständigen Donaustaat bedeuten: einen gewaltigen Zuwachs an äußerer Macht und eine Kraftquelle der inneren Erneuerung. Der inneren Politik wird aus den neuen Provinzen frisches gesundheres Blut zugeführt. Die Gutsherren in der Walachei sind nicht mehr unter sich. Unter den führenden Persönlichkeiten in den neuen Provinzen sind bedeutende Köpfe von Begabung, Erfahrung und ehrlichstem Wollen. Sie beugen sich nicht unter das persönliche Regiment eines Bratianu. Sie haben jahrzehntelang für die rumänische Sache gekämpft in dem weiteren Gesichtskreis des Budapester oder Wiener Parlaments, und sie können von den liberalen Draufgängern in Bukarest nicht wie Marionetten behandelt werden. Darum fliegen ihnen auch im allen Rumänien die Hoffnungen aller derjenigen zu, die das Land aus der Mißwirtschaft der Bratianu-Partei befreit sehen möchten.

Linksschwenkung der Polnischen Sozialistischen Partei.

Die mit Spannung erwartete Beschlußfassung über die künftige Parteipolitik der Polnischen Sozialistischen Partei (P. P. S.) auf der Tagung in Krakau hat nach dem „Kurjer Poznański" vom 2. Mai die Entschwenkung des weitaus größten Teiles der polnischen Sozialdemokraten gezeitigt. Eine Spaltung der Partei dürfte sich wohl schwerlich vermeiden lassen. In der Entschließung, die mit 82 gegen 34 Stimmen gefaßt wurde, heißt es u. a.:

Die Tagung ist der Meinung, daß die Politik der P. P. S. auf die Bildung einer Regierung im Wege des revolutionären Klassenkampfes hinarbeiten muß, einer Regierung, die fähig ist, eine sozialistische Politik zu betreiben. Die Aufgabe dieser Regierung wird die Lebenslagenänderung der demokratischen Grundsätze in Politik und Gesellschaft und der Bruch des Widerstandes der arbeiterfeindlichen Klassen, sowie die Ausrichtung der Grundlagen für eine sozialistische Entwicklung sein.

Die Herren Petersburgs.

st. Helsingfors, 4. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Nach Berichten hiesiger Blätter wird die Räumung Petersburgs fortgesetzt. Die Verteidigung der Front gegen Finnland und die Verwaltung der dorthin führenden Eisenbahnen soll den russischen Bolschewiken übertragen werden, die jetzt Petersburg beherrschen. Man befürchtet, daß außer dem finnländischen Wirtschaftskomitee auch die russischen Roten Kreuzes in Petersburg verhaftet worden seien. Ueber den finnischen Grenzort Terijoki warf ein Flieger bolschewistische Flugschriften ab.

Die „Swestija" bezeichnet die durch Koltchaks erfolgreiche Offensive geschaffene Lage als äußerst ernst. Die Bolschewiki in der Ukraine und im Donagebiet gewannen hätten, drohte an anderen Stellen verloren zu gehen. Der Feind beabsichtige, durch die Besitznahme der Wolga Mitrofanjaum von seinen Rohstoffquellen abzuschneiden. Trotzki bezeichnet in einem Tagesbefehl als Ursache der Niederlage den Umstand, daß der kommunistische Geist nicht fest genug eingewurzelt sei. Die Rückwärtsbewegung wäre gänzlich unbegründet gewesen.

Streikunruhen in Amerika.

R. Basel, 3. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einem Bericht der „Neuen Korrespondenz" kamen zahlreiche einzelne Streiks in New York am 1. Mai vor. Die Bewegung ist indes keine allgemeine gewesen. In New York feierten 200 000 Arbeiter. In Indiana im Staate Pennsylvania sollte eine große öffentliche Versammlung stattfinden, was jedoch durch das Publikum verhindert wurde, da die Führer fehlen.

Im Staate Cleveland im Staate Ohio war ebenfalls der Schauplatz von Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Soldaten und der Polizei, die durch andere Soldaten unterstützt wurde. Es kam zu ernsten Kämpfen in dem Augenblick, als ein großer Zug von Arbeitern eine öffentliche Versammlung abhalten wollte. Die Polizei beabsichtigte, diese zu sprengen. An der Spitze des Zuges marschierten Land- und Marinesoldaten mit roten Fahnen. In den Hauptstädten der Stadt entspann sich dann ein Kampf. Die Soldaten, welche die Polizei unterstützten, bedienten sich mehrerer Lastautomobile und Tanks. Es wurden 150 Verhaftungen vorgenommen.

Die Arbeiter und der Frieden.

Washington, 2. Mai. (Reuter.) Wilson telegraphierte an seinen Sekretär in Washington, daß das Lebenseinkommen über das Arbeiterrecht eines der wichtigsten Werke der Friedenskonferenz sei. Es werde mehr als irgend etwas anderes dazu beitragen, die unglückliche Lage zu verbessern, in der sich die Arbeiterklasse in vielen Gegenden befinde.

3500 türkische Staatsangehörige, die durch Brandstiftung der türkischen Botschaft aus allen Teilen Deutschlands zusammengezogen worden sind, haben von Hamburg aus mit dem türkischen Dampfer „Af Denk" die Reise nach Konstantinopel angetreten.

Brandkatastrophe in Japan. Nach einer Reutermeldung aus Yokohama zerstörte eine Feuersbrunst 3500 Gebäude. Der Schaden beläuft sich auf eine Million Pfund Sterling. Hundert Personen wurden verletzt, siebzehn werden vermißt.

Die Saarfrage im Friedensvertrage.

Zur Lösung der Saarfrage im Friedensvertrage bringen die „Times" vom 22. April von ihrem Pariser Berichterstatter nachstehende Einzelheiten, welche „die Kohlenlager des Saarbeckens" und „Volksabstimmung über die Frage der Nationalität" überschrieben sind:

Durch die Bestimmungen über das Saarbecken wird der Friedensvertrag Frankreich das uneingeschränkte Besitzrecht und dieselbe Ausbeute der Kohlenlager im Saargebiet sichern. Diese Gebietsteilung ist aus zwei Gründen getroffen worden. Einmal weil es notwendig ist, Frankreich für die von Deutschland verschuldete Verstörung seiner nördlichen Kohlenquellen zu entschädigen, dann auch, um für die bevorzugte Stellung Frankreichs hinsichtlich der Wiederherstellung, die Deutschland ihm schuldet, Sorge zu tragen.

Frankreich erhält durch die Bestimmungen des Vertrages das Eigentumsrecht an allen im Bereiche befindlichen Kohlenbergwerken und allen mineralischen Ablagerungen, die unter der deutschen Gesetzgebung zur Zeit der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages als Kohlenlager galten. Dieses Eigentumsrecht erstreckt sich nicht nur auf die freien Ablagerungen, sondern auch auf die an Gesellschaften oder Einzelpersonen gewährten Konzessionen. Es bedingt die Uebertragung aller Bergwerkseinrichtungen, Bauliegenschaften, Eisenbahnen, Schulen und Archive, die mit den Bergwerken im Zusammenhang stehen, an Frankreich. Der Wert der so an Frankreich übertragenen Besitzstücke ist durch die Wiederherstellungskommission festzustellen und bei der zwischen Frankreich und Deutschland zu vollziehenden Wiedergutmachungsrechnung dem deutschen Konto entsprechend gutzuschreiben. Gewisse Klauseln im Friedensvertrag sollen verhüten, daß nicht die französischen Interessen im Saarlad durch Zölle auf Eisenbahnen oder Kanäle, durch Hemmung von Verkehrsverbesserungen mit dem benachbarten deutschen Gebiet oder behinderte Heranziehung französischer oder ausländischer Arbeiter benachteiligt werden.

In fiskalischer Hinsicht soll das ganze Saarstatistische Gebiet betrachtet werden und unter französischer Recht und Gesetz fallen. Deutschland verpflichtet sich, die Einfuhr aus dem Saarlad nach Deutschland für 5 Jahre zollfrei zu lassen, wie auch die Einfuhr deutscher Güter in das Saarbecken gebührt zollfrei sein wird. Die Franzosen übernehmen dabei, die metallurgische Ausfuhr von der Saar nach Deutschland zollfrei zu lassen und den deutschen Ausfuhrzöllen zuzuweisen der dortlichen Industrien freien Eintritt zu gewähren.

Die für das Saarlad vereinbarte ziemlich verwickelte Regierungsform spielt darin, daß die bisher von Deutschland ausgeübten Rechte einer Kommission übertragen werden, die vom Völkerbund einzusetzen ist. Dieser Ausschuß wird aus 5 von Völkerbund bestellten Mitgliedern bestehen, von denen eines ein nichtfranzösischer Bewohner des Saarlads ein zweites ein französischer Staatsbürger sein wird, während die andern aus drei andern Ländern, also weder Frankreich noch Deutschland, zu wählen sind. Der Vorsitzende des Ausschusses, dem die Vollzugsgewalt zusteht, soll durch den Rat des Völkerbundes ernannt werden und sein Amt ein Jahr lang führen.

Diesem Ausschuß wird eine ganze Reihe von Deutschen Reichs, Preußen oder Bayern ausübender Regierungsgewalt übertragen. Er hat die Befugnis, alle Beamten anzustellen und zu entlassen, führt die unbeschränkte Aufsicht über Eisenbahnen und Kanäle und darf jedes irgendwelchen deutschen Staat gehörige Besitztum außerhalb des Kohlengebiets zum Gebrauch in Anspruch nehmen. Die dritte Rechtspflege bleibt in den Händen der bestehenden deutschen Gerichtshöfe bürgerlicher und militärischer Art. Die Abschätzung des übernommenen Eigentums geschieht der Aufsichtsrat der Kommission und soll den örtlichen Verhältnissen angepaßt werden.

Die Einwohnerschaft ändert ihre Staatsangehörigkeit nicht; doch steht den Bewohnern auf ihren Wunsch ausdrücklich das Recht zu, eine andere Staatsangehörigkeit anzunehmen. Die vorhandenen kommunalen Körperschaften bleiben bestehen und werden nach dem allgemeinen, für männliche und weibliche Personen über 20 Jahre geltenden Wahlrecht gewählt. Militärische Dienstpflicht und Rekrutierung von Freiwilligen sind im Saarlad verboten.

Diese Regierungsform soll für einen Zeitraum von 15 Jahren in Kraft bleiben. Nach Verlauf dieser Zeit sollen die Einwohner mittels Volksabstimmung erklären, ob sie unter der durch den Friedensvertrag eingesetzten Regierung verbleiben wollen, oder ob sie die Vereinigung mit Frankreich oder mit Deutschland wünschen. Die Abstimmung soll nach Gemeinden und unter der Aufsicht des Völkerbundes vorgenommen werden. Sollte sich eine Mehrheit für den Wiederanschluß ergeben, so hat Deutschland auf seine Oberhoheit zugunsten des Bundes zu verzichten. Stimmen die Bewohner für die Vereinigung mit Frankreich, so soll das Gebiet an Frankreich abgetreten werden. Fällt die Abstimmung für die Vereinigung mit Deutschland aus, so hat der Bund darüber zu entscheiden, in welchem Umfange die deutsche Regierung in ihre frühere Stellung wieder eingesetzt werden soll. In diesem Falle wird es Deutschland vorbehalten sein, die der französischen Regierung durch den Friedensvertrag übertragenen Rechte zurückzuerwerben, und zwar zu einem in Gold zahlbaren Kaufpreise, der durch einen von Deutschland, Frankreich und dem Rat des Bundes einzusetzenden Schiedsrichter festgesetzt werden soll. Falls Deutschland den festgesetzten Betrag nicht, so geht das Gebiet an Frankreich über. Zahl aber Deutschland und erwirbt damit wieder das Eigentumsrecht, so hat der Völkerbund zu bestimmen, in welchem Umfange Frankreich unter billigen Bedingungen die Erzeugnisse des Saarlads für seine Industrie in Anspruch nehmen darf.

Der Aufsatz der „Times" wird eingeleitet durch den Satz: „Im Elsaß und in Lothringen haben die Franzosen vollständige Befriedigung erhalten. Was aber die für die Ausbeutung des Saarlads getroffenen Bestimmungen betrifft, so gibt es Franzosen, die wegen der tatsächlichen Wirkung der Vertragsbedingungen ihre Bedenken haben."

Berliner Konzerte.

Von

Dr. Georg Schünemann.

Im letzten Symphoniekonzert der Opernkapelle brachte Richard Strauß eine „Sinfonia eroica" von Max Trapp zur Erstaufführung. Ein reichlich geschwollenes, aber inhaltsschwaches Werk. Wollen und Können stehen in stärkstem Gegensatz zu einander: Trapp will eine vieraätige Symphonie in Schubertscher Manier schreiben und jen Vorbild womöglich noch überkrumpfen und hat doch nur ein kleines Talent, schwächliche Phantasie und unbedeutende Einfälle einzulegen. Es klingt, als ob eine übersättigte Instrumentationskunst die Gedankenarmut verdecken sollte, als ob die Partitur nach einem festen System des Ineinanderschiebens der Instrumente entstanden sei. Themen, Motive und kleine aufschreibare Wendungen werden nach allen Richtungen hin umgestoßen und kombiniert, ohne daß sich daraus ein faßliches oder haltbares Gebilde ergäbe. Und was die Instrumente, besonders die Bläser, zu spielen haben, läuft auf gelegentliche Einwürfe, Motivüberdrückungen und kein charakteristisches Figurenwerk hinaus. Gewiß gerhört Geschick dazu, um ein solches Instrumentalgewebe zu entwickeln, aber alle Technik und alle Mühseligkeit der Arbeit kann nicht den rettenden Gedanken, nicht die leitenden Ideen ersetzen. Am besten wirkt noch der zweite Satz, eine nachempfindende Romanze, sonst gleicht die Musik einer fleißigen Schülerarbeit in Straußischer Richtung. Die Kapelle spielte das undankbare Werk mit wahrer Lobeswürdigkeit und sorgte wenigstens durch farbenfestigen Vortrag für eine freundliche Aufnahme der Neuheit. Strauß stellte der Aufführung seinen unübertrefflich geistvollen „Zarathustra" gegenüber, den man heute schon wie ein Stück aus weit zurückliegender Zeit anhört. Die großen Steilen und der reiche, oft musikalische Zug, der durch das Ganze geht, wirken auch heute noch mit unverminderter Kraft, aber man glaubt schon, breitere Stellen und ein Nachlassen der früher so übergegangenen dichterischen und künstlerischen Gestaltung zu spüren. Das Unsymmachte Schubertsche „Unvollendete" in einer wunderroll belebten, klangsatt untaubar schönen Wiedergabe. Es war das letzte Strauß-Konzert des Winters, und jeder trägt sich, wie sich die Dinge in der nächsten Saison entwickeln sollen, wenn Strauß zwischen Wien und Berlin hin- und herreist und nirgends fest und Musik findet, um dem Musikleben Ziel und Richtung zu geben. Hoffentlich leben die Konzerte so weiter, wie sie jetzt bestehen, und hoffentlich stellt sich dann auch irgendeine Musikvereinigung, vielleicht ein „Musikrat", ein, der sie anregende und innerlich stärkende Programme trägt.

Weingartner, der noch vom November her seine Konzerte nachzuholen hat, ist noch immer nicht nach Berlin gelangt. Ihn vertrat am letzten Montag der allzeit hilfreiche Generalmusikdirektor Fee Blech, der Beethovens erste und zweite Symphonie lauter und klar dirigierte. Das Hauptinteresse galt aber nicht so sehr Beethoven oder Blech, als der mitwirkenden Sigrid Hoffmann Onegin. Diese unverleichliche Sängerin hat eine der schönsten Altstimmen, die man heute hören kann. Wenn sie Mozart oder Gluck, wie an diesem Abend, oder Weber, Meichardt und Strauß in einem eigenen Konzert singt — man wird nicht müde, ihrer Kunst und ihrer herrlichen Beherrschung aller technischen Ausdrucksmittel zu lauschen. Hin und wieder gibt es kleine Unglücksfälle, etwa beim Portamento oder im Wechsel zu Lagen hinauf, aber diese Hauptleistungen ergeben sich fast notiertlich aus einem außerordentlichen intensiv und scharf gepointten Vortrag. Sie singt beinahe naturalistisch, ohne die sein wahnende, klug diplomatierende Art einer Julia Culp. Ist mehr Temperamentes- und Bühnenfunkenzeit. Aber gerade dieses ungestüme Mitleben mit Musik und Textgedanken reißt den Zuhörer mit und nimmt gefangen. Eine Kunst, die Können und Veranlagung mit Wärme und Ueberzeugungskraft im Vortrag verbindet, die in Wesen und Werk der Musik eintritt.

Bis zu dieser seltenen Meisterschaft gelangen nur wenige Ausgezeichnete. Zu ihnen gehört Tilly Dor wohl kaum. Aber sie singt anmutsvoll und mit Lächeln, wenn auch leicht tremolierendem Ton und hat schon viel gelernt. Von Instrumentalisten hörte ich Max Saal und Hermann Hopf, die Cellovirtuosen von Beethoven, Wüllner und Pfitzner spielten. Der Cellist ist ein tüchtiger Musiker, sicher und gewandt, aber noch kein Virtuose, der einen ganzen Abend lang zu interessieren vermag. Max Saal begleitete ihn feinfühlig und mit großer musikalischer Kraft. Auch im Sonatenabend von Jascha Suftmann und Waldemar Lülsch war der Pianist der Führende. Suftmann ist noch zu bald in Lau und Sterch, zu unausgeglichen und auch unfrei im Musikalischen, während Lülsch auch als Begleiter die großen Vorzüge seines Könnens einlegt, vor allem die Klarheit und Feinheit der Tonkultur. Prächtig wurde vom Brenn-Quartett musiziert. Die junge Vereinigung besitzt in Leopold Premyslav einen ausgezeichneten Führer und in Hugo Kramm einen vortrefflichen Bratschisten. Zu ihnen gesellen sich Wilhelm Thomas und die bewährte Eugenie Premyslav. In dieser Zeit haben sich die Quartettgenossen famos eingespielt, und es wird nicht lange dauern, so rücken sie in die erste Reihe unserer Quartettvereinigungen vor. Sie brachten ein neues Quartett von E. Bohnke aus o-moll. Es ist noch etwas unruhig und in den letzten beiden Sätzen auch ein wenig farblos, aber es klingt, ist recht kammermusikalisch gesetzt und bringt Gedanken und Motive von Charakter, Geschmack und Kraft, aber noch kein Bleibendes, sei ihr Romantik des langsamen Satzes aus, und die Wärmeseite Profiteering des Es-dur-Themas im ersten Satz zeigt, wie Bohnke berühmten Vorbildern und Mustern nachstreebt. Es scheint eine starke Hoffnung der Nachbrahmsschen Kammermusik zu sein.

Gustav Roethe, der Berliner Germanist, feiert heute seinen 60. Geburtstag. Seine hauptsächlichste liegen auf dem Gebiet der alte und mittelhochdeutschen Sprachforschung. Von Göttingen kam er 1902 nach Berlin und gehört hier zu den wirkungsvollsten Hochschullehrern. Seit Erich Schmidts Tode vertritt er auch die moderne Literaturgeschichte. Während des Krieges hat er sich als Politiker und Heraus des nationalen Gedankens einen Namen gemacht. Roethe bekleidet das Amt als Sekretar der philologisch-historischen Klasse der Preußischen Akademie der Wissenschaften.

Geheimrat Max Delbrück, Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin, ist gestern nach kurzer Krankheit an Herzschwäche gestorben. Er war weithin bekannt als Vorsteher und Leiter des Instituts für Gärungsgewerbe. Aus dieser Anstalt gingen epochemachende Erfindungen auf dem Gebiete der Spiritusbrennerei, der Hefereinzuchtvergärung und der Bierbrauerei hervor. Am Kongreßsaal der Chemie und der Landwirtschaft war Delbrück ein von seiner sachlichen Bedeutung und seiner feffelnden Persönlichkeit wollen hochschätzender Mitglied. Er war geboren am 16. Juni 1850 zu Bergen auf Rügen. Bis acht Tage vor seinem Tode war der unermüdliche Gelehrte auf seinem Institut tätig.

Neue Schriftstücke Bismarcks.

Im Maiheft der „Deutschen Rundschau" beginnt L. Raschdau eine Anzahl bisher ungedruckter Schriftstücke aus der amtlichen Tätigkeit Bismarcks zu veröffentlichen. Sie enthalten keine neuen historischen Erkenntnisse, aber einige kleine Einzelzüge, die der Bismarckforschung wie der Bismarckfreunde mit Interesse lesen wird. Wir erfahren, daß Bismarck sich durch ein Votum beim König (1868) für den Ausbau der Reichswege im Tergarten und nach dem Grunewald eingesetzt hat. In einem anderen Votum an das Staatsministerium, vielleicht (1869) als Richtschnur auf, daß ein möglichst lebhafter Austausch zwischen Beamten der altpreußischen Provinzen und der neuerworbenen besonders Hannover, stattfinden solle, um die Gelegenheit zur Prüfung zu vermindern und die Zuverlässigkeit der Beamtenschaft, namentlich im Hinblick auf einen Krieg, zu erhöhen. Auffallendes weiß spricht er dabei von der Möglichkeit einer „feindlichen Landung". Der größte Teil der Schriftstücke handelt von den Anfängen des Kulturkampfes. Unsere Bodenreformer werden sich mit Freude des Briefes vom 23. Januar 1873 bemächtigen, in welchem Bismarck der Landflucht durch Parzellierungsmaßnahmen und Erbpacht zu steuern empfiehlt. Wir wollen hier nur zwei Stücke abdrucken, aus welchem zu ersehen ist, wie Bismarck, der verlässterte „Gewaltmensch", während des Krieges 1870/71 aus das Wohl der besetzten Gebiete bedacht war. Mit Bismarcks Vorschlag im letzten Brief erklärte sich übrigens Moltke mit Schreiben vom 31. Januar einverstanden.

Versailles, 11. November 1870.

Schreiben an den Handelsminister Graven Itzenplitz.

Es liegt im Interesse unserer Occupation, dem im Generalgouvernement Reims eingetretenen Mangel an Steinkohlen abzuhelfen. Der Generalgouverneur beabsichtigt daher Jemanden nach Saarbrücken zu schicken, mit dem Auftrage, Anläufe zu den marktgängigen Preisen und gegen sofortige Zahlung zu machen. Ew. Ex. ersuche ich die Bergdirektion dahin anweisen zu wollen, daß die Verladungen sobald als möglich bewirkt werden.

von Bismarck.

Versailles 30. Januar 1871.

Schreiben an den Chef des Generalstabs General von Moltke.

Herr Jules Favre hat den Wunsch ausgesprochen, daß der regelmäßige Postdienst, welcher die Wiederherstellung der Eisenbahn zwischen hier und Paris voraussetzt, baldmöglichst eingeschärft werde, und den Vorschlag gemacht, daß täglich zwei Züge die Bahn befahren, deren Bewegung nur den Personen gestattet wäre, welche mit Circulationskarten versehen sind.

Ich bin meinerseits mit diesem Vorschlag einverstanden und ersuche Ew. E. um eine Neuformung ab von militärischen Gesichtspunkt dagegen Bedenken obwalten.

von Bismarck.

Die Saarfrage im Friedensvertrage.

Zur Lösung der Saarfrage im Friedensvertrage bringen die „Times" vom 22. April von ihrem Pariser Berichterstatter nachstehende Einzelheiten, welche „die Kohlenlager des Saarbeckens" und „Volksabstimmung über die Frage der Nationalität" überschrieben sind:

Durch die Bestimmungen über das Saarbecken wird der Friedensvertrag Frankreich das uneingeschränkte Besitzrecht und dieselbe Ausbeute der Kohlenlager im Saargebiet sichern. Diese Gebietsteilung ist aus zwei Gründen getroffen worden. Einmal weil es notwendig ist, Frankreich für die von Deutschland verschuldete Verstörung seiner nördlichen Kohlenquellen zu entschädigen, dann auch, um für die bevorzugte Stellung Frankreichs hinsichtlich der Wiederherstellung, die Deutschland ihm schuldet, Sorge zu tragen.

Frankreich erhält durch die Bestimmungen des Vertrages das Eigentumsrecht an allen im Bereiche befindlichen Kohlenbergwerken und allen mineralischen Ablagerungen, die unter der deutschen Gesetzgebung zur Zeit der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages als Kohlenlager galten. Dieses Eigentumsrecht erstreckt sich nicht nur auf die freien Ablagerungen, sondern auch auf die an Gesellschaften oder Einzelpersonen gewährten Konzessionen. Es bedingt die Uebertragung aller Bergwerkseinrichtungen, Bauliegenschaften, Eisenbahnen, Schulen und Archive, die mit den Bergwerken im Zusammenhang stehen, an Frankreich. Der Wert der so an Frankreich übertragenen Besitzstücke ist durch die Wiederherstellungskommission festzustellen und bei der zwischen Frankreich und Deutschland zu vollziehenden Wiedergutmachungsrechnung dem deutschen Konto entsprechend gutzuschreiben. Gewisse Klauseln im Friedensvertrag sollen verhüten, daß nicht die französischen Interessen im Saarlad durch Zölle auf Eisenbahnen oder Kanäle, durch Hemmung von Verkehrsverbesserungen mit dem benachbarten deutschen Gebiet oder behinderte Heranziehung französischer oder ausländischer Arbeiter benachteiligt werden.

In fiskalischer Hinsicht soll das ganze Saarstatistische Gebiet betrachtet werden und unter französischer Recht und Gesetz fallen. Deutschland verpflichtet sich, die Einfuhr aus dem Saarlad nach Deutschland für 5 Jahre zollfrei zu lassen, wie auch die Einfuhr deutscher Güter in das Saarbecken gebührt zollfrei sein wird. Die Franzosen übernehmen dabei, die metallurgische Ausfuhr von der Saar nach Deutschland zollfrei zu lassen und den deutschen Ausfuhrzöllen zuzuweisen der dortlichen Industrien freien Eintritt zu gewähren.

Die für das Saarlad vereinbarte ziemlich verwickelte Regierungsform spielt darin, daß die bisher von Deutschland ausgeübten Rechte einer Kommission übertragen werden, die vom Völkerbund einzusetzen ist. Dieser Ausschuß wird aus 5 vom Völkerbund bestellten Mitgliedern bestehen, von denen eines ein nichtfranzösischer Bewohner des Saarlads ein zweites ein französischer Staatsbürger sein wird, während die andern aus drei andern Ländern, also weder Frankreich noch Deutschland, zu wählen sind. Der Vorsitzende des Ausschusses, dem die Vollzugsgewalt zusteht, soll durch den Rat des Völkerbundes ernannt werden und sein Amt ein Jahr lang führen.

Diesem Ausschuß wird eine ganze Reihe von Deutschen Reichs, Preußen oder Bayern ausübender Regierungsgewalt übertragen. Er hat die Befugnis, alle Beamten anzustellen und zu entlassen, führt die unbeschränkte Aufsicht über Eisenbahnen und Kanäle und darf jedes irgendwelchem deutschen Staat gehörige Besitztum außerhalb des Kohlengebiets zum Gebrauch in Anspruch nehmen. Die dritte Rechtspflege bleibt in den Händen der bestehenden deutschen Gerichtshöfe bürgerlicher und militärischer Art. Die Abschätzung des übernommenen Eigentums geschieht der Aufsichtsrat der Kommission und soll den örtlichen Verhältnissen angepaßt werden.

Die Einwohnerschaft ändert ihre Staatsangehörigkeit nicht; doch steht den Bewohnern auf ihren Wunsch ausdrücklich das Recht zu, eine andere Staatsangehörigkeit anzunehmen. Die vorhandenen kommunalen Körperschaften bleiben bestehen und werden nach dem allgemeinen, für männliche und weibliche Personen über 20 Jahre geltenden Wahlrecht gewählt. Militärische Dienstpflicht und Rekrutierung von Freiwilligen sind im Saarlad verboten.

Diese Regierungsform soll für einen Zeitraum von 15 Jahren in Kraft bleiben. Nach Verlauf dieser Zeit sollen die Einwohner mittels Volksabstimmung erklären, ob sie unter der durch den Friedensvertrag eingesetzten Regierung verbleiben wollen, oder ob sie die Vereinigung mit Frankreich oder mit Deutschland wünschen. Die Abstimmung soll nach Gemeinden und unter der Aufsicht des Völkerbundes vorgenommen werden. Sollte sich eine Mehrheit für

Ein deutsches Arbeitsgesetzbuch.

Auf Einladung des Reichsarbeitsministers Bauer und unter seinem Vorsitz trat am 3. Mai der Arbeitsausschuß zur Neuordnung des gesamten Arbeitsrechts zum ersten Male zusammen.

An der Sitzung nahmen Vertreter der beteiligten Reichsministerien und der Einzelregierungen sowie der Gesamte Deutsch-Österreichs, Dr. Hawlicek, teil. Der Reichsarbeitsminister begrüßte die Erschienenen und führte aus, daß es sich bei der Neuordnung des Arbeitsrechts um ein Werk von hervorragender Bedeutung handle. In ihm solle die Arbeit zu ihrem Recht kommen, was der Befestigung des inneren Friedens dienen werde. Das Gesetzwerke das gesamte Arbeitsrecht mit Einschluß des Kollektivrechts und des Koalitionsrechts regeln. Ueberdies solle ausgeschieden, den heutigen sozialen Bedürfnissen Rechnung getragen werden. Bei gemeinverständlicher Sprache und leicht übersichtlichem Aufbau werde das ganze Gebiet mit einheitlichen Grundgedanken zu durchdringen sein. Im Anschluß hieran gab der von dem Reichsarbeitsminister mit der Leitung der gesamten Arbeiten beauftragte Geheime Oberregierungsrat Siefart zunächst einen Ueberblick über die bisherigen Bestrebungen zur Herbeiführung eines einheitlichen Arbeitsrechts sowie über die Literatur und die deutsche und ausländische Gesetzgebung auf diesem Gebiete. Dann setzte er im einzelnen den Arbeitsplan auseinander. Danach sollen alle Gebiete der Arbeitsbeziehungen in einem deutschen Arbeitsgesetzbuch zusammengefaßt werden. Als Reihe des Gesetzgebungswerkes sind gedacht: Der Arbeitsvertrag, die Arbeitsgerichte (die für die Arbeitsstreitigkeiten aller Arbeitnehmergruppen zuständig sein sollen), die Arbeitsverfassung, die Arbeitsvermittlung (Arbeitsnachweis usw.) und die soziale Selbstbestimmung (Koalitionen, Koalitionsrecht, Tarifverträge und Arbeitsgemeinschaften).

Es fand eine längere Aussprache über alle Fragen statt, wobei auch ein von Rechtsanwalt Dr. Sinzheimer vorgelegtes Programm für die Neuregelung des Arbeitsrechts eingehend gewürdigt wurde. Der Arbeitsausschuß verständigte sich über eine Verteilung der einzelnen Arbeitsgebiete auf die ihm bereits angehörenden und einige noch zuzuziehende Mitglieder. Die Bearbeiter werden ihre Entwürfe tunlichst bald dem Arbeitsausschuß vorlegen. Dieser wird sie alsdann in eingehenden Beratungen nachprüfen und zu einem einheitlichen Vorentwurf des Arbeitsgesetzbuches zusammenfassen. Vor der endgültigen Feststellung bei den gesetzgebenden Körperschaften vorzulegenden Entwurfe soll ein größerer Kreis von sachkundigen Vertretern aller Berufsgruppen den Vorentwurf begutachten. Schon bevor mit der Ausarbeitung der Einzelentwürfe begonnen wird, soll den großen Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer Gelegenheit gegeben werden, Wünsche und Vorschläge zum Gesamtinhalt und zum Aufbau des Gesetzes zu äußern.

In den Arbeitsausschuß sind zunächst berufen worden: Beiterin der sozialen Frauenschule Fräulein Dr. phil. Baum (Hamburg), Rechtsanwalt Dr. Baum (Berlin), Arbeitssekretär und Redakteur Erkelenz (Berlin-Baumschulenweg), Stellvertretender Vorsitzender der Gesellschaft für soziale Reform Prof. Dr. E. Francke (Berlin), Leiterin der Auskunftsstelle für Heimarbeitreform Fräulein Dr. Käte Goebel (Berlin-Schöneberg), Unterstaatssekretär im Preußischen Justizministerium Dr. Heinemann (Berlin), Privatdozent an der Universität Berlin Professor Dr. Kaskel (Berlin-Grunewald), Wasserstraßenrat Dr. Landsberger (Charlottenburg), Professor Oertmann (Göttingen), Bayerischer Ministerialdirektor im Staatsministerium Dr. Meßner (Berlin), Assessor Frau Röhr (Charlottenburg), Leiter des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts Berlin, Stadtrat von Schulz (Berlin), Rechtsanwalt Dr. Sinzheimer (Frankfurt a. M.), Redakteur Umbreit (Berlin), Professor Dr. Kurt Wolzendorff (Königsberg), außerdem als Vertreter Deutsch-Österreichs Ministerialrat Universitätsprofessor Adler (Wien).

Der Ausschuß wird in nächster Zeit noch eine Erweiterung erfahren. Insbesondere wird zur Bearbeitung der Angestelltenfragen der auf diesem Gebiete sehr vielfach tätige geschätzte Dr. Heinz Potthoff, zurzeit Referent im Bayerischen Ministerium für soziale Fürsorge, angezogen werden, der an der ersten Verhandlung nicht erscheinen konnte.

Amerikaner im Dienst französischer Feindseligkeit.

Zu den Blättern, von denen wir auch in der Zukunft des Völkerbundes kaum einen anderen Ton als bisher gegen Deutschland zu erwarten haben, gehört der „New York Herald". Besonders seine Pariser Ausgabe ist eher als französisches denn als amerikanisches Blatt zu nehmen. Wenn es gilt, gegen die „Boches" zu hetzen, ist ihm kein Ereignis zu gering; es wird mit schwachsinnigen Behauptungen aufgebläht.

So wird als Beweis für die mangelnde Vertrauenswürdigkeit der Deutschen selbst nach den Ereignissen der neuesten Zeit in der Nummer vom 21. April folgendes erzählt:

Die belgische Regierung hat sich genötigt gesehen, bei der Waffenstillstandskommission gegen eine zynische Verletzung der Bedingungen des Waffenstillstandes durch die deutsche Kriegsmacht zu verwahren, die mit der Leitung der Wiederbeschaffung der den Verbündeten gestohlenen Maschinen beauftragt ist. Die Beamten dieser Körperschaft haben ihre Stellung zur Entlockung eines heimlichen postalischen Dienstes benutzt, durch welchen Korrespondenzen zwischen Berlin und Brüssel der Zensur entgehen werden und außerdem der Notwendigkeit, Porto zu zahlen, entgehen kann, eine Verringerung von Versäumnis und Spartamkeit, die spezifisch „Boche" ist. Außerdem — und das ist ebenso bezeichnend — haben sie Kokain und andere Giftmittel nach Belgien eingeschmuggelt, wodurch sie sich selbst finanzielle Vorteile verschafft und dazu beigetragen haben, die Körperkraft der Belgier zu untergraben.

Als weiteren Beleg für die vermeintliche Treulosigkeit der Deutschen erwähnt das Blatt in der gleichen Nummer „die Champagne", die von „Boches" Sendlingen" unter den heimkehrenden amerikanischen Truppen in Amerika betrieben wird". (Der französische Abgeordnete Paul Bénazet hat die Angelegenheit bereits im „Figaro" erwähnt. Die Campagne ist vorläufig ins Werk gesetzt und werte methodisch und unermüdlich betrieben. Schmeicheleien, Andeutungen und offene Lügen wurden schlau miteinander verbunden, um die Sympathien der Amerikaner zurückzugewinnen und Mißtrauen und Feindseligkeit gegen die Verbündeten hervorzurufen: „Ihr allein habt den Krieg gewonnen. Ohne Euch wäre Frankreich wie Serbien und Rumänien zermalmt worden. Aber erwartet keine Dankbarkeit. Was für Erpressungen habt Ihr schon ausbalten müssen!" Der „Herald" erwähnt ausdrücklich, daß diese Propaganda nicht erfolglos geblieben sei.

Die Erzählung von einem deutschen Werbefeldzug hat offenbar den Zweck, der tiefgehenden Unzufriedenheit, die unter den amerikanischen Soldaten über das Benehmen besonders der französischen Zivilbevölkerung herrscht und welche die Heimkehrenden über ganz Amerika verbreiten, dadurch entgegenzuarbeiten, daß man von deutschen Machenschaften spricht. Clemenceau hat bereits vor mehreren Monaten in einem Interview mit der „Associated Preß" es für nötig gehalten, der amerikanischen Militärmission über diese Ausbeutung durch die Franzosen entgegenzutreten. Im übrigen dürfte das Urteil darüber, wer eigentlich den Krieg entschieden hat, wenn es auch den Franzosen offenbar wenig angenehm ist, nicht so ganz unrichtig sein.

Für einen Rechtsfrieden.

Die Gemeindevertretungen des Regierungsbezirks Allenstein haben in zahlreichen Kundgebungen ihren unerschütterlichen Willen zum Ausdruck gebracht, unter keinen Umständen in eine Loreißung Masurens und des Ermlandes vom Deutschen Reiche einzuwilligen.

— Die Hamburger Handelskammer drahtete an das Auswärtige Amt eine Entschließung, in der verlangt wird, daß bei den jetzt beginnenden Friedensverhandlungen unbedingt an der Grundlage festgehalten wird, die durch die Annahme der Wilsonschen 14 Punkte sowie der Grundsätze in seinen späteren Aussprüchen geschaffen ist. In gleicher Weise fordert die hamburgische Kaufmannschaft entsprechend den Wilsonschen Grundsätzen die sofortige Freigabe der Kriegsgefangenen, die Freiheit der Meere, die Gleichberechtigung des deutschen Handels und die Zurückgabe unserer Kolonien, unseres in Feindesland befindlichen Vermögens, unserer Schiffe und Kabel. Ferner wird uns berichtet:

a. Hamburg, 5. Mai. (Eigene Drahtmeldung). Die deutsche Volkspartei veranstaltete gestern eine große Kundgebung für einen Rechtsfrieden. In zweistündiger Rede erhob Dr. Stresemann Einspruch gegen die Absicht unserer Feinde, uns einen Gewaltfrieden aufzuzwingen, der uns in unserem Dasein bedrohe, und vertrat unsere gerechten Forderungen an den Frieden: die Unverletztheit des deutschen Besitzes im Westen, Osten und Norden, den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an die Deutsche Republik, Rückgabe der Kolonien, der deutschen Kabel und unserer Handelsflotte, sowie die Auslieferung der deutschen Kriegsgefangenen. Die Versammlung nahm einmütig eine in diesem Sinne gefaßte Entschließung an.

K. Leipzig, 5. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die deutsche demokratische Partei Leipzigs richtete an die deutschen Unterhändler in Versailles und an die demokratischen Abgeordneten der Nationalversammlung die dringende Aufforderung, keinen Frieden anzunehmen, der uns unerfüllbare Bedingungen auferlegt und für unser Volkstum und unser Wirtschaftsleben unerträgliche Gebiete preisgibt.

Ein Notschrei der deutschen Mission.

Missionsdirektor Dr. Karl Axenfeld hat an die Evangelischen in den feindlichen und neutralen Ländern einen Aufruf geschrieben, in dem er angesichts der beginnenden Friedensverhandlungen bittet, zu erwägen, was für die christliche Mission auf dem Spiele steht.

Er weist darauf hin, daß die deutschen Missionare nicht im Interesse ihres eigenen Landes, sondern im Interesse der Religion ihr Amt verrichtet und dabei sowohl die Liebe der Eingeborenen als auch die dankbare Anerkennung der Regierungen, und gerade der britischen, geerntet hätten. Jetzt solle, unter dem der Wahrheit durchaus widersprechenden Vorwande, Deutschland habe die Eingeborenen seiner Kolonien brutal behandelt, Deutschland seines Kolonialbesitzes beraubt, sollten die deutschen Missionare überall in der Welt verdrängt werden. Die eingeborenen Synoden mit ihren Pastoren und Lehrern blieben ungefragt; das kirchliche Selbstbestimmungsrecht der Völker werde mit Füßen getreten.

Die angelsächsischen Missionare könnten die 1000 deutschen protestantischen Missionare und die 250 deutschen Missionsschwestern nicht ersetzen, weil sie weder das Personal hätten, noch der Sprache mächtig wären, noch das Vertrauen der Eingeborenen besäßen. Der Aufruf macht die Christen des Auslandes darauf aufmerksam, daß ein Frieden, der sogar den selbstlosesten Dienst der Mission ausperre, der schlimmste Gewaltfriede sei. Wenn ein solcher Gewaltfriede mit Zustimmung, oder auch nur ohne ausdrücklichen Protest der Christen in aller Welt Deutschland aufgezwungen werde, so mache er auch die Verkündigung derer unmöglich, die als Jünger Jesu Christi die Boten des Friedens unter den Völkern sein sollten. Es gelte einen dauernden Riß an der Christenheit zu verhüten.

Reich und Bundesstaaten.

Wiederzusammentreten der Landesversammlung.

Die preußische Landesversammlung nimmt ihre Beratungen nach einer Pause von vier Wochen morgen wieder auf. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung steht die erste Beratung des Staatshaushalts und die Wahl eines dritten Vizepräsidenten. Zum dritten Vizepräsidenten wird die deutschnationale Fraktion den Abgeordneten von Kries vorschlagen, der Landrat in Friehne und seit Juni 1908 Mitglied des Abgeordnetenhauses ist.

Zusammenkunft der Finanzminister kleinerer Bundesstaaten.

8. Dresden, 5. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Morgen findet, wie ich erfahre, eine Konferenz der Finanzminister der deutschen Kleinstaaten in Berlin statt, an der auch Finanzminister Rücke teilnehmen wird. Der Beratungsgegenstand ist unbekannt.

Die Zollbeamten für eine Reichszollverwaltung.

Nach einer Erklärung der Ministerpräsidenten der süddeutschen Bundesstaaten (Bayern, Württemberg, Baden, Hessen) vom 5. April 1919 aus Stuttgart soll die Erhebung und Verwaltung der Zölle und Verbrauchssteuern in denjenigen Bundesstaaten bleiben, die darauf Gewicht legen. Für die Verrechnung der Zoll- und Steuererhebung und ihre Uebernahme durch das Reich sind nach den bisherigen Erklärungen von Bayern nur die größte Zahl der Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftskammern eingetreten, sowie auch sämtliche in der „Arbeitsgemeinschaft deutscher Zollbeamtenverbände" organisierten Zollbeamten. Die Arbeitsgemeinschaft verlangt nicht nur 20 000 organisierte Zollbeamte. In einer Eingabe an den Reichspräsidenten und an die Nationalversammlung haben die Zollbeamten zurzeit aufgeführt, daß nur durch die Schaffung einer Reichszollverwaltung, die übrigen den Reichsschatz bedrohenden wesentlich fördern und stärken würde, eine gerechte und unparteiische Erhebung der Zölle und Verbrauchssteuern gewährleistet werden könnte.

Streik-Ende in Oberschlesien.

R. Kattowitz, 5. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der Streik auf den oberschlesischen Gruben ist beendet. Alle Gruben arbeiten, auch die Gleiwitzer. Nur der Beamtenstreik auf der Heinitzgrube dauert noch an, während die Bergschaft voll eingefahren ist. Es ist jedoch begründete Hoffnung vorhanden, daß auch er heute noch beigelegt wird.

Seit einigen Tagen weilt ein Sonderberichterstatter des Reuterschen Bureaus in Oberschlesien, Mr. Bell, um die deutschen Verhältnisse kennen zu lernen.

Selbstmord deutscher Arbeiter.

-l. Frankfurt a. M., 5. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Wie das „Mittagsblatt" meldet, ist die Braunelsensteingrube „Georg" der Bauernstolz Eisenwerke in Wetzlar der Lang-Sohn vollständig ersoffen, da sie mit unseren deutschen Finance Bureaucrat weigerte, auch nur die allernötigsten Arbeiten der Kessel- und Pumpenwartung zu verrichten. An eine Wiederaufnahme des Betriebes ist nicht zu denken. Die gesamte Belegschaft ist entlassen worden. Der Betrieb einer anderen Grube der Bauernstolz wurde kürzlich ebenfalls eingestellt, da sie wegen der hohen Lohnforderungen der Belegschaft mit großer Unterbilanz arbeiten mußte.

Baden gegen restlose Durchführung des Rätesystems.

O.R.K. Karlsruhe, 5. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Eine starke besuchte Landesversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte hat in einer mit großer Mehrheit angenommenen Entschließung den Akt nach restloser Durchführung des Rätesystems abgelehnt und gefordert, die badische Regierung möge sofort im Einvernehmen mit der Landeszentrale der Arbeiter- und Soldatenräte und den Gewerkschaften ein Gesetz über die Schaffung von Arbeiter- und Betriebsräten ausarbeiten. Außerdem soll sie eine Sozialisierungskommission einsetzen, welche die wirtschaftlichen Verhältnisse Badens zu prüfen und praktische Sozialisierungsvorschläge auszuarbeiten hat.

Noch keine Aufhebung der Papierkontingentierung.

Eine Berliner Korrespondenz verbreitet die Meldung, daß die Kontingentierung von Zeitungsdruckpapier und Papier zu Verlagswerken vom 1. Juli ab aufgehoben werden solle. Die Nachricht trifft nicht zu. Wie wir von maßgebender Stelle hören, sind Beschlüsse in dieser Angelegenheit nicht gefaßt worden.

Die Forderungen der Lazarettinsassen.

-l. Frankfurt a. M., 4. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die Konferenz der Lazarettinsassen Deutschlands, die hier in den letzten Tagen stattfand und bei der 22 Armeen, 3 Marinestellen und 1 Zahl ab aufgehoben werden soll. Die Nachricht trifft nicht zu. Wie wir von maßgebender Stelle hören, sind Beschlüsse in dieser Angelegenheit nicht gefaßt worden.

Die Forderungen der Lazarettinsassen.

-l. Frankfurt a. M., 4. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die Konferenz der Lazarettinsassen Deutschlands, die hier in den letzten Tagen stattfand und bei der 22 Armeen, 3 Marinestellen und 1 Zahl ab aufgehoben werden soll. Die Nachricht trifft nicht zu. Wie wir von maßgebender Stelle hören, sind Beschlüsse in dieser Angelegenheit nicht gefaßt worden.

Die Forderungen der Lazarettinsassen.

-l. Frankfurt a. M., 4. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die Konferenz der Lazarettinsassen Deutschlands, die hier in den letzten Tagen stattfand und bei der 22 Armeen, 3 Marinestellen und 1 Zahl ab aufgehoben werden soll. Die Nachricht trifft nicht zu. Wie wir von maßgebender Stelle hören, sind Beschlüsse in dieser Angelegenheit nicht gefaßt worden.

Die Unruhen in Stralsund.

Stralsund, 5. Mai. Gestern vormittag kam es in Stralsund zu Unruhen, die ihre Ursache in unbedachtsamen Aeußerungen von Fischhändlern am Hafen hatten. Die Menge zog vom Hafen nach der Innenstadt, wo mehrere Geschäfte geplündert wurden. Gegen Mittag konnte die Ruhe wiederhergestellt werden. Von Greifswald sind Truppen nach Stralsund zur Aufrechterhaltung der Ruhe abgegangen.

Das Warenhaus Jeck beziffert den Schaden, den es bei den gestrigen Unruhen erlitten, auf mehrere Millionen Mark. Am Sonntag abend kam es zu neuen Plünderungen; die Menschenmenge zertrümmerte den Eingang des Waarenhauses Tietz mit Handgranaten und raubte es aus, wobei scharfe Schüsse abgegeben wurden. Hierbei wurden zwei Personen aus der Menge verwundet und eine getötet. Ferner wurden drei Soldaten, die dem Greifswalder Bataillon angehören, verwundet. Die Schießereien dauerten bis 4 Uhr morgens.

Am heutigen Vormittag sammelten sich abermals eine große Menge in den Hauptstraßen an und nahm eine drohende Haltung gegen das Warenhaus Wertheim. Die Unruhen dauern fort.

Die „Freiheit" und die Münchener Mordtaten.

Die „Freiheit" warnt heute vormittag, die Nachrichten über die Ermordung der Geiseln in München als Gewißheit anzunehmen, doch will sie schon jetzt feststellen, daß die Festnahme von Geiseln für einen ungerechtfertigten Akt halte, der dem Gebote der Menschlichkeit widerspreche. Die „Freiheit" meint weiter, und an Geiseln in München wirklich erschossen worden, so hätte irgendein Simulator den Befehl zum Erschießen gegeben und niemand hätte dann die Autorität und die Macht gehabt, das Gräßliche zu verhindern."

Indessen ist die Erschießung zur bestialischen Tatsache geworden. Sie stellt sich als die brutalste provokatorische Gewaltat dar. Wenn die „Freiheit" heute von diesen Greueltaten, an die sie noch nicht ganz glauben will, abrückt, so ist immerhin festzustellen, daß sie am 1. Mai aufforderte, den russischen und ungarischen Genossen auf ihrem Wege der Revolution zu folgen. Vergegenwärtigt man sich, wie die Revolutionäre in Ungarn und Rußland vorgehen, so läßt sich nicht leugnen, daß die „Freiheit" am 1. Mai etwas sanktioniert hat, was sie heute, nachdem die Erschießungen in München erfolgt sind, von sich weist.

Wenn nun die „Freiheit" zu dem Schluß kommt, daß man auf der anderen Seite nicht berechtigt wäre, mit gleicher Unmenschlichkeit und Brutalität zu verfahren, so stimmen wir mit ihr überein. Es kann aber nicht scharf genug der Unterschied zwischen der Tat des Verbrechers und der gesetzmäßigen Sühne dieser Tat werden, die der Verbrecher auf sich zu nehmen hat. Von Repressalien darf nicht gesprochen werden, da das Wort Repressalien nur zwischen Gleichberechtigten zutrifft. Wenn heute eine ungeordnete Rotte sich gegen die Staatsgewalt empört hat, so ist die Korrektur, die der Staat solchen Handlungen zuteil werden läßt, weder als Brutalität noch als Repressalie aufzufassen, sondern sie ist lediglich Ausfluß von Staatsbegriff und Staatsgewalt und dient dazu, im Interesse aller Staatsangehörigen die Ordnung wiederherzustellen und künftige Störungen zu verhindern.

Wirtschaft und Recht.

Hypothekenkredit für den Kleinwohnungsbau.

Zur Hebung der Wohnungsnot hatte der Staatskommissar für das Wohnungswesen bei den Hypothekenbanken angeregt, durch Bereitstellung von Beträgen für Hypothekengelder unter möglichst günstigen Bedingungen die Errichtung von Kleinwohnungsbauten zu fördern. Eine größere Reihe von Hypothekenbanken hat daraufhin für den Kleinwohnungsbau insgesamt einen Betrag von 50 Millionen Mark Hypotheken zu einem Zinssatz von 4½ von Hundert und ½ von Hundert Amortisation ohne jede weitere Unkosten, also auch unter Verzicht auf die Erstattung des Reichsstandbriefstempels, zur Verfügung gestellt. Die Beträge sollen nicht nur dazu dienen, um die erststellige, den Grundstücken jedes Instituts entsprechende Beleihung, welche nach dem Hypothekenbankgesetz bis ⅔ der Taxe haben kann, zu gewähren, sondern darüber hinaus auch zweitstelligen Kredit zu decken, der unter selbstschuldnerischer Bürgschaft öffentlich-rechtlicher Körperschaften, also auch des Staats, in Anspruch genommen wird.

Kriegsgesellschaften und Geschäftsgeheimnis.

In einer eingehenden an die zuständigen Behörden hat der Gesamtverband des Deutschen Großhandels darauf hingewiesen, daß durch die Kriegswirtschaft zahlreiche Branche der Kriegsgesellschaften Einblick in die Betriebsinteressen einzelner Firmen und ganzer Gewerbezweige erhalten haben, so daß die Gefahr eines Mißbrauchs der so auf amtlichem Wege errungenen Kenntnisse durch solche Beamte besteht. Vom Reichswirtschaftsministerium ist dem Verbande darauf ein Bescheid erteilt worden, in dem zwar zugesagt wird, die Bundesratsverordnung vom 3. Mai 1917 hinzuweisen wird. Diese bedroht bekanntlich mit Strafe, der die zweite einer Tätigkeit in Kriegsgesellschaften erlangten Kenntnisse über Einrichtungen oder Maßnahmen der Kriegsorganisationen dazu mißbraucht, sich oder einem anderen Schaden zuzufügen, oder die Geschäfts- oder der Betriebsgeheimnisse eines Dritten offenbart, die zur Kenntnis des Angestellten einer Kriegsorganisation infolge seiner Tätigkeit bei dieser gelangt sind. Ein Bedürfnis für die Herbeiführung einer weiteren gesetzlichen Vorschrift könne daher nicht anerkannt werden. Der Bescheid weist weiter darauf hin, daß es im Einzelfall schwer sein werde, den Beweis der Schuld zu führen, und teilt mit, daß die Kriegsgesellschaften angewiesen seien, ihre Angestellten auf das Strafbare solcher Geschäftspraktiken hinzuweisen.

Abbau der öffentlichen Fachbewirtschaftung?

Das Reichswirtschaftsministerium macht die Aufhebung der Reichsstelle für Fachbewirtschaftung bekannt. Die Reichsstelle stellt hiernach mit dem 1. Mai 1919 ihre Tätigkeit ein. Die für die öffentliche Fachbewirtschaftung grundlegende Bundesratsverordnung vom 1. Juni 1917 über den Verkehr mit Fächern (Reichs-Gesetzbl. S. 473) bleibt, worauf besonders hingewiesen wird, einstweilen noch in Kraft. Die mit dieser Verordnung dem Reichsfanger gewährten Befugnisse werden vom 1. Mai 1919 an, nach Auflösung der Reichsstelle, von dem Reichswirtschaftsministerium wahrgenommen werden.

Personalnachrichten.

Nach einer eigenen Prüfung aus Stuttgart wurde zur Uebernahme eines neu geschaffenen Referates für weibliches Bildungswesen die Hauptlehrerin an der Stuttgarter Charlottenschule, Fräulein Dr. Wollmer, in das württembergische Kultusministerium berufen. — Bei der Schulfestspielgemeinde in Ulm wurde als Nachfolger des Oberbürgermeisters Dr. Wagner der Oberamtmann Dr. Schwammberger zum Oberbürgermeister gewählt.

Sozialpolitik.

Streitigkeiten im Metallarbeiterverband.

Von unabhängiger Seite sind in der letzten Zeit innerhalb des Metallarbeiterverbandes starke Anfeindungen gemacht worden, den Verband völlig in das radikale Fahrwasser abzubringen. Mit Hilfe von Terror und Vergewaltigung will man jetzt eine genügende Zahl von Unterschriften aufbringen, die zur Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages genügen, um dann auf diesem Verbandstage die radikalen Forderungen durchzusetzen. Gegen solche Versuche wendet sich jetzt eine Erklärung der Vertrauensleute des Verbandes, die auf dem Boden der Mehrheitssozialdemokratie stehen. Die Erklärung weist auf das Gebührliche dieses Schreitens hin, das notwendigerweise zu einer Spaltung des Verbandes führen müsse. Eine solche Spaltung aber sei das Bedauerlichste, was in einer gewerkschaftlichen Organisation vorkommen könne. Eine solche Organisation müsse — so wird weiter hervorgehoben — eine so breite Grundlage haben, daß jeder Berufsangehörige, gleichviel welcher politischen oder religiösen Ueberzeugung er sei, auf diese Basis treten könne, ohne daß er seiner politischen oder religiösen Ueberzeugung Gewalt anzutun brauche. Das Verfahren, das jetzt von den Unabhängigen eingeschlagen werde, müsse mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden, da es dem Terror Tor und Tür öffne. Die Vertrauensleute schließen ihre Erklärung mit der Verkündung, daß sie sich an den Vorstand wenden würden, um diesen zu veranlassen, jede durch gewaltsame Beeinflussung zustandegekommene Sammlung von Unterschriften für die Einberufung eines Verbandstages nicht als vollgültig zu beachten.

Aus Groß-Berlin.

Abschiedskundgebung des Oberpräsidenten v. Loebell.

Der aus dem Amte scheidende Oberpräsident von Loebell hat sich mit folgender Bekanntmachung von Berlin und der Provinz Brandenburg verabschiedet:

„Nachdem auf meinen Antrag mein Rücktritt in den Ruhestand genehmigt ist, lege ich die Geschäfte als Oberpräsident der Provinz Brandenburg und von Berlin heute nieder. Hiermit scheide ich schweren Herzens von der Stätte, an der ich für meine Heimatprovinz und die Reichshauptstadt wirken konnte. Ich danke aufrichtig für alle Unterstützung und Mitarbeit, die ich gefunden, und das große Maß von Vertrauen, das mir von allen Seiten entgegengebracht ist und meine Amtsführung so wesentlich erleichtert hat. Schwere Sorge für die Zukunft unseres geliebten Vaterlandes erfüllt unsere Herzen. Aber größer als die Sorge soll die Hoffnung bleiben, daß das deutsche Volk in verlässiger Kraft aus den Wirren und Gefahren dieser Zeit nach den gewaltigen Opfern, die gebracht sind und gebracht werden, durch Arbeit, Pflichttreue, Zusammenschluß den Weg zu neuem Aufstieg finden wird. Möge es der Mark Brandenburg und Berlin, der Wiege des Preußischen Staates, vergönnt sein, die Grundlage zur Gesundung und zu neuer Blüte Preußens und Deutschlands zu werden.

Meine besten Wünsche gelten der Heimat bis an mein Lebensende.

v. Loebell, Staatsminister."

Genehmigungspflicht für Versammlungen. Um Irrtümer zu vermeiden, macht der Berliner Polizeipräsident darauf aufmerksam, daß die Genehmigung zur Abhaltung öffentlicher Versammlungen mindestens 48 Stunden vorher nachzusuchen ist.

Die Kreistagswahlen haben in einer weiteren Reihe von Groß-Berliner Gemeinden zur Bildung von Ortsvorstehern und Gemeinderäten Abgeordneten geführt.

Ausländische Wertpapiere nicht ins besetzte Gebiet! Wie die deutsche Waffenstillstandskommission mitteilt, warnt die deutsche Regierung jeden davor, seine ausländischen Wertpapiere ins besetzte Gebiet verbringen zu lassen. Die ausländischen Wertpapiere werden dort ihrem eigentlichen Zwecke, der Bezahlung der deutschen Lebensmittel, entzogen. Denn der Verband will sie, nach seiner Note vom 20. April, trotz des deutschen Protestes, auch zu anderen Zwecken verwenden". Dadurch wird das Deutsche Reich geschädigt. Zugleich schädigen sich diejenigen selbst, welche, entgegen dem Aufruf der Regierung zu folgen, ihre ausländischen Wertpapiere nicht anmelden, sondern sie ins besetzte Gebiet schaffen. Denn während die deutsche Regierung für den Ankauf dieser Papiere einen sehr guten Kurs garantiert, braucht sich der Verband im besetzten Gebiet überhaupt an keinen Kurs zu halten.

Kriegsfürsorgemarken. Während des Monats Mai werden Freimarken zu 10 ₰ und 15 ₰ der gewöhnlichen Art mit dem schwarzen Aufdruck „5 ₰ für Kriegsbeschädigte" unter Erhöhung ihres Nennwertes um je 5 ₰ an den Postschaltern geänderter Postämter verkauft. Der Ertrag des Aufdrucks ist für die Kriegsbeschädigtenfürsorge bestimmt. Die Marken gelten mit ihrem Nennwert von 10 und 15 ₰ zur Freimachung von Postsendungen 2c. im Reichspostgebiet sowie im Verkehr nach Bayern und mit Württemberg und dürfen auch über den Monat Mai hinaus gültig.

Hausbesitzer und Arbeiterräte. In der Sitzung der Haus- und Grundbesitzervereine des Landesverbandes Preußen wurde heute folgende Entschließung gefaßt: Nachdem die politischen Körperschaften nach den allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht zusammengesetzt sind, ist eine Uebernahme der Gemeindeverwaltung durch die kommunalen Arbeiterräte nicht mehr gerechtfertigt. Soweit zur Vertretung wirtschaftlicher Interessen der Bedürftigen Arbeiterräte gebildet werden sollen, müssen sich diese aus allen Schichten der arbeitenden Bevölkerung zusammentreten. Der Hausbesitzer leistet durch die Verwaltung seines Hauses produktiv nützliche Arbeit. Neben den auf den allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Vertretungen der Gemeinden ist der Wirtschaftsrat berufsständlich zusammenzusetzen.

Letzte Meldungen.

Ueberreichung Mittwochnachmittag?

Versailles, 5. Mai. „Echo de Paris" berichtet: Der Vertragsentwurf ist endgültig festgelegt und bereits den Verbündeten, der in zwei Tagen beendet sein kann. Die Ueberreichung des Vertrages soll dann am Nachmittag in Versailles durch Clemenceau erfolgen. Das Blatt nennt verschiedene Kapitel des Vertrages in ihrer endgültigen Form und Reihenfolge:

1. Einführung. 2. Grenzen Deutschlands. 3. Klauseln infolge auf Grenzveränderungen. 4. Deutsche Kolonien, 5. Militärische, maritime und Luftklauseln. 6. Kriegsgefangene. 7. Beschlüsse gegen den Kaiser und alle schuldigen Deutschen. 8. und 9. Wiedergutmachungen und Finanzklauseln (die Feststellung dessen, was Deutschland schuldet und seine Zahlungsmöglichkeiten). 10. Wirtschaftsklauseln. 11. Häfen, Eisenbahnen und Schiffahrtswege. 12. Internationale Arbeitsgesetzgebung. 13. Garantien. 14. Allgemeine Ratifizierungsklauseln.

Mannheim, 5. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Hier herrscht außerordentlicher Kohlenmangel und starke Arbeitslosigkeit. Am 30. April waren bereits 4104 männliche Arbeiter und etwa 2000 weibliche arbeitslos.

Barometer- u. Thermometerstand v. Zeitungsverl. Berlin SW. 68.

Am 4. abends	8 Uhr	759,0 mm	+ 7,5 Grad C.
Am 5. morgens	8 Uhr	761,0 mm	+ 12,5 Grad C.
Am 5. mittags	14 Uhr	761,0 mm	+ 13,7 Grad C.

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend.

Nachts wieder etwas kühler, in den Mittagsstunden ziemlich warm, vielfach heiter, aber noch veränderlich bei mäßigen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Rätzeck, Berlin.
Für den Anzeigenteil und „Geschäftliche Mitteilungen" verantwortlich Herm. Joachim Schumacher, Berlin.
Druck und Verlag der Berliner Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 68, Wilhelmstr. 32.

Die neue polnische Grossbank.

Im deutschen, jetzt von dem jungen Polen erstrebten Osten bereitet sich eine auch politisch interessante bankgeschäftliche Entwicklung vor. Aus der Schar der kleineren polnischen Bankinstitute hebt sich, im Hintergrund die mächtig anwachsende polnische Genossenschaftsbewegung, das schon bisher stärkste und zielbewußteste Unternehmen heraus, um ein Finanzierungsinstitut zu schaffen, das sämtliche übrigen Banken des Industrie- und verhältnismäßig auch kapitalarmen Ostens weit hinter sich läßt.

Wir hatten vor kurzem berichtet, daß die Bank Zwiazku Spólek Zarobkowych in Posen sich auf den Aufstieg zur polnischen Großbank vorbereitet. Auf der Tagesordnung ihrer auf den 6. Mai einberufenen Generalversammlung stand der Verwaltungsantrag über die Erhöhung des jetzt schon 24 Millionen Mark betragenden Grundkapitals um mindestens 16 Millionen Mark und um höchstens 36 Millionen Mark. Soeben ist nun der Geschäftsbericht des Unternehmens erschienen, in dessen Vorstand der berühmte Dr. Englich sitzt, der eine Zeitlang das polnische Staatssäckel verwalten durfte. Die Bank hat im Jahre 1918 recht gut gearbeitet. Ihre Gesamtumsätze haben sich von 1,07 Milliarden auf 2,4 Milliarden gehoben. Wenn wieder nur 6 % Dividende aus einem Reingewinn von 1,57 Millionen Mark (i. V. 1,45) ausgeschüttet werden, so ist das nur symptomatisch für die außerordentlich vorsichtige und stabile Dividendenpolitik der Bank, die seit dem Jahre 1887 (ihre Gründung erfolgte ein Jahr vorher) ständig eine 6prozentige Renten an ihre Aktionäre ausgezahlt hat und nur in den ersten beiden Kriegsjahren auf 4 resp. 5 % heruntergegangen war. Der Reservefonds, der vorher 836 000 ℳ betrug, erhält 119 000 ℳ, die Spezialreserve, die 1,3 Millionen Mark ausmacht, 121 000 Mark, die Kriegssteuerrücklage, die in der letzten Bilanz mit 206 000 ℳ ausgewiesen wurde, wieder 112 000 ℳ, was insofern eigenartig berührt, als die Bank sich sonst beispielsweise durch Nichteinholung der Genehmigung für ihre geplante Kapitalserhöhung über die reichsgesetzlichen Bestimmungen kühn hinwegsetzt. Vielleicht aber denkt man bereits insgeheim bei dem Empfänger der zurückgestellten Kriegssteuer an den künftigen polnischen Landesherrn.

In der Bilanz fällt der außerordentlich hohe Kassenbestand auf, für den in dem Bericht des Vorstandes keine Erklärung gegeben wird. Er beträgt 131,8 Millionen Mark gegen 1,7 Millionen Mark im Vorjahr. Es scheint also, daß für den überwiegenden Teil der im letzten Geschäftsjahr der Bank neu zugeströmten Depositengelder eine lohnende Anlage noch nicht gefunden werden konnte, was den polnischen Bankdirektoren, die die Abtrennung vom deutschen Wirtschaftsgebiet jedenfalls mit großer Genugtuung begrüßt haben, wohl zu denken geben kann. Bankguthaben machen 41,18 Millionen Mark aus, und hierfür figurieren 30,1 Millionen Mark als Konto loro. Die Bank hat jedenfalls recht erhebliche Guthaben bei Bankinstituten in Kongreß-Polen und man kann wohl auch annehmen, daß sie durch ihre Ausleihungen den Warschauer Geldmarkt alimentiert. Sonstige Debitoren in laufender Rechnung machen 148½ Millionen Mark aus (i. V. 35 Millionen Mark). Hierin stecken, wie die Bank angibt, erhebliche Vorschüsse an Gemeinde- und Staatsverbände. Die Bank hat also jedenfalls der neuen polnischen Regierung erhebliche Kredite einräumen müssen und beginnt so die Rolle etwa einer Staatsbank zu spielen. Ihre Kapitalserhöhung entspricht somit nicht nur dem Wunsch nach Verbreiterung der Basis in annäherndem Verhältnis zu dem Anwachsen der Einlagen, sondern wohl auch besonders den Bedürfnissen des polnischen Schatzamtes beim Obersten Volksrat! Die Effektenbestände des Unternehmens wurden in der Vorjahrsbilanz noch mit 4,9 Millionen Mark beziffert, durch Verkäufe ist das Konto bis auf 1½ Millionen Mark entlastet worden, wobei natürlich die Vermutung naheliegt, dass man den stets geringen Bestand an deutschen Wertpapieren abgestossen hat. Kriegsanleihe scheint die Bank niemals in nennenswertem Umfange besessen zu haben. Auf den Verkauf der deutschen Effekten deutet auch die Angabe hin, dass nur die Wertpapiere im Portefeuille behalten worden sind, für die die Bank „täglich Abnehmer hat". Hiermit werden aber wohl Effekten gemeint sein, die sich der Sympathie des rein polnischen Kundenkreises der Bank erfreuen. Die Kreditoren sind, wie bereits erwähnt, stark gewachsen. Debetsalden bei Banken stehen dem vorhin bezifferten Guthaben nur mit rund 3 Millionen Mark gegenüber. Die Einlagen der Genossenschaften sind von 112,7 Millionen Mark auf 162 Millionen Mark gestiegen. Hiervon sind allein 107,6 Millionen Mark mit mehr als dreimonatiger Kündigungsfrist eingelegt. Auch die übrigen Kreditoren zeigen mit einer Endsumme von 160,2 Millionen Mark (50,1) ein beträchtliches Anwachsen. Von diesen Einlagen, die mit Ausnahme von 5,3 Millionen Mark sich als reine Depositengelder charakterisieren, sind 101 Millionen Mark täglich fällig, eine Summe zwar, die die Bank zur Einleitung einer angemessenen Liquidität zwingt, aber allein doch kein Anlass sein kann, sich den vorhin erwähnten noch bedeutend höheren Kassenbestand zu halten. Unter den 46 Millionen Mark betragenden Einlagen mit längerer Kündigungsfrist dürften wohl auch erhebliche Kirchengelder stecken. Der Umstand, dass der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Herr S. Cegielski sich päpstlicher Kammerherr nennen darf, und im Aufsichtsrat weiter ein Dekan, ein Prälat und ein Propst sitzen, dass ferner als Bankkurator der Prälat St. Adamski, der Genossenschaftsanwalt der polnischen Genossenschaften, figuriert, legt den Schluss nahe, dass die Bank es verstanden hat, Gelder aus kirchlichen Stiftungen heranzuziehen und auch insbesondere (wie ja die Höhe der genossenschaftlichen Einlagen zeigt) die flüssigen Mittel der zumeist von Geistlichen geleiteten zahlreichen polnischen Genossenschaften, die ja das Rückgrat der ganzen polnischnationalen Bewegung in Posen darstellen, ihren geschäftlichen Zwecken nutzbar zu machen.

Auf diese Kombination, Verwalterin kirchlicher Gelder und gleichzeitig Staatsbank oder doch bevorzugtes Finanzierungsinstitut der neuen polnischen Regierung, scheint die Bank ihre Zukunft aufbauen zu wollen. Gestützt auf diese Hoffnungen wagt sie den Aufstieg zur Grossbank.

H. G.

Deutsche Volkswirtschaft.

Verlängerung der Ablieferungspflicht für ausländische Wertpapiere. Mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die die alliierten und assoziierten Mächte der Durchführung der Bekanntmachung betreffend die Ueberlassung ausländischer Wertpapiere an das Reich vom 26. März 1919 in den von ihnen besetzten Gebieten bereitet haben, ist die Frist für die Ablieferung derjenigen dem Reich sofort zu überlassenden Wertpapiere, die sich innerhalb des besetzten Gebietes befinden, bis zum 20. Mai 1919 verlängert worden. Die im linksrheinischen Gebiet aufkommenden Wertpapiere werden vorläufig nicht nach Berlin gesandt, sondern entsprechend einer Anordnung des Reichsfinanzministeriums bei besonders bestimmten Banken und Bankiers in Köln als Sammelstelle aufbewahrt werden, bis das Reichsfinanzministerium über die Wertpapiere verfügen wird. Es wird darauf hingewiesen, dass hinsichtlich der in den übrigen Teilen Deutschlands befindlichen Wertpapiere eine weitere Verlängerung der Frist nicht verfügt ist. Sofern also schuldhaft die Ueberlassung und Anmeldung auf Grund der Bekanntmachung nicht erfolgt, haben die Verpflichteten zu gewärtigen, dass ihnen bei späterer zwangsweiser Ueberlassung nur die Hälfte des Uebernahmepreises bewilligt wird, im übrigen von den Strafbestimmungen Gebrauch gemacht wird. Mit Rücksicht auf die jüngsten Wirren in Bayern wird indessen von der Verlängerung dieser Rechtsnachteile kein Gebrauch gemacht werden, wenn die in Bayern befindlichen ausländischen festverzinslichen Wertpapiere bis zum 20. Mai eingereicht bezw. angemeldet werden.

Verlängerung des Zinkhüttenverbandes. In einer kürzlich in Berlin abgehaltenen Versammlung ist, wie uns gemeldet wird, eine Verlängerung der Zinkhüttenvereinigung bis Ende dieses Jahres beschlossen worden. Von einer Verlängerung auf eine längere Zeitdauer ist im Hinblick auf die Unklarheit der internationalen Lage abgesehen worden. Die Verlängerung erfolgte unter den bisherigen Bedingungen.

Erhöhung der Verkaufspreise für Bleifabrikate. Das Verkaufssyndikat für gepresste Bleifabrikate erhöhte, wie uns gemeldet wird, infolge Steigerung der Rohbleipreise die Verkaufspreise für Bleifabrikate mit Wirkung ab 1. 5. um 29 auf 146 ℳ pro 100 kg.

Syndikatsbildung in der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie. Nächsten Donnerstag findet in Leipzig eine Versammlung der mitteldeutschen Braunkohlenwerke statt, die über die Gründung eines neuen Syndikats beraten soll. Nach den Bestimmungen des Kohlengesetzes sollen die Kohlenwerke zu einem Reichsverbande mit Bezirkssyndikaten zusammengeschlossen werden. Für die linksseitige Braunkohlenindustrie käme voraussichtlich ein Syndikat in der Form des aufgelösten mitteldeutschen Syndikats mit dem Sitz in Leipzig in Frage, sofern die Sachsen nicht auf ihrer Forderung bestehen, ein eigenes Bezirkssyndikat zu beanspruchen.

Aktiengesellschaften.

Die ausserordentliche Geldfülle lässt die Depositeneinlagen der Banken immer mehr steigen, wobei das Aktienkapital ganz in den Hintergrund tritt. So hat die Schwarzburgische Landesbank zu Sondershausen bei 2½ Millionen Mark Aktienkapital nunmehr eine Kreditorenschuld von 46,8 (i. V. 30,8) Millionen Mark angehäuft, die grossenteils in Darlehen an das Reich Anlage fanden. Die Gesamtumsätze erreichten 1729,9 (925,3) Millionen Mark. Aus dem Ueberschuss von 19 646 ℳ (209 355 ℳ) werden 6 % Dividende (wie i. V.) vorgeschlagen. Der Geschäftsbericht bemerkt, der Gewinn sei durch den starken Kursrückgang sämtlicher deutscher Staatspapiere aufgezehrt worden, lässt aber Zöffernangaben darüber vermissen.

Bei der Oberschlesischen Eisenbahn-Bedarfs-Akt.-Ges. ermässigte sich der Bruttogewinn des Gesamtunternehmens für 1918 auf 10 430 184 ℳ (i. V. 33 701 414 ℳ). Demgegenüber erfordert 0 Obligationszinsen und Agio für eingelöste Obligationen 682 315 ℳ (612 467 ℳ). Abschreibungen 7 052 282 ℳ (15 157 020 ℳ). Einschliesslich 250 000 ℳ Vortrag ergibt sich ein Ueberschuss von 2 945 557 ℳ (18 150 927 ℳ). Hieraus soll eine Dividende von 5% (11% und 5% Dividende aus dem Erlös der Salangens Bergwerksaktiengesellschaft) verteilt werden. Auf neue Rechnung sollen wieder 200 000 ℳ vorgetragen werden. Der Zusammenbruch Deutschlands hat, wie die Verwaltung in ihrem Rechenschaftsbericht erklärt, auch der Gesellschaft tiefe Wunden geschlagen. In den ersten zehn Monaten des abgelaufenen Jahres seien die Betriebe sämtlich bis zur Höchstleistung beschäftigt gewesen. Die Einstellung der Kriegsmaterialfabrikation, die Einführung des Achtstunden-Tages, die Lohnerhöhungen, die zurückgegangenen Leistungen der Betriebe und sonstige Schwierigkeiten aller Art hätten dem Unternehmen derart grosse Verluste erbracht, dass die guten Erträgnisse aus den früheren Monaten in der kurzen Zeit fast ganz aufgezehrt worden seien. Bei der Mehrzahl der Tochtergesellschaften hätten sich die Verhältnisse in ähnlicher Weise ungünstig gestaltet. Unter den schwierigen Betriebsverhältnissen leide die Gesellschaft auch im neuen Geschäftsjahr und es lasse sich gegenwärtig noch nicht voraussehen, wann wieder geordnete Zustände eintreten werden.

Die Maschinenfabrik für Mühlenbau vorm. C. G. W. Kapler Akt.-Ges. in Berlin erzielte in 1918 einen Ueberschuss nach Abzug von 114 305 ℳ (i. V. 153 123 ℳ) Abschreibungen von 206 485 ℳ (236 288 ℳ). Es werden daraus 6% (7%) Dividende verteilt und 24 633 Mark (33 339 ℳ) vorgetragen. Ueber die Aussichten vermag die Verwaltung unter den augenblicklichen Verhältnissen nichts zu sagen.

Die Verwaltung der Gorresheimer Glashüttenwerke teilt durch Rundschreiben mit, dass infolge fortgesetzter Steigerung der Produktionskosten sowie unaufhörlicher Störungen des Betriebes infolge Arbeitseinstellungen und Kohlenmangels in absehbarer Zeit mit der völligen Stillegung des Betriebes gerechnet werden müsse. Die rapide Erschöpfung der finanziellen Betriebsmittel sowie die unter den heutigen Verhältnissen ganz unmögliche Kreditbeschaffung liessen den totalen Zusammenbruch des Unternehmens in nicht zu ferner Zeit nur allzuwahrscheinlich ansehen. — Nach diesem Bericht der Verwaltung ist es unverständlich, dass die Gesellschaft noch im März in einer Generalversammlung die Ausschüttung einer Sondervergütung von 50 ℳ beschloss, nachdem eine Anfang Januar abgehaltene Generalversammlung bereits die Zahlung einer ordentlichen Dividende von 14 % genehmigt hatte. Eine vorsichtigere Dividendenpolitik der Verwaltung wäre unter den jetzigen Verhältnissen am Platze gewesen und hätte auch die jetzt beklagte finanzielle Erschöpfung wirksam gehemmt.

In der Generalversammlung der Julius Berger Tiefbau Akt.-Ges., Berlin teilte der Generaldirektor Berger mit, dass es für Deutschland am vorteilhaftesten sei, wenn der Wiederaufbau Belgiens und Frankreichs von der deutschen Industrie selbst besorgt würde, die dadurch erhebliche Aufträge bekommen würde. Die Gesellschaft sei bereits in Verhandlungen hierüber eingetreten. Auch die Gewerkschaften hätten sich grundsätzlich für eine Beteiligung deutscher Arbeiter am Aufbau erklärt. Gegenwärtig sei das Unternehmen mit Notstandsarbeiten beschäftigt, die einen erheblichen Umfang angenommen hätten. Es sei zu hoffen, dass Kohlenmangel und Arbeitsunlust bald beseitigt würden. Mit Aufträgen sei die Gesellschaft reichlich versehen und, sofern sich das Wirtschaftsleben normal entwickelt, könne man ein gleich günstiges Ergebnis erhoffen. Die Dividende wurde auf 20% festgesetzt.

Berliner Börse vom 5. Mai.

Unter dem Eindruck der Meldungen über die Verschleppung der Friedensverhandlungen beobachteten die Börsenbesucher auch zu Beginn der neuen Woche grösste Zurückhaltung. Vielfach trat Abgabeneigung hervor, so dass die Tendenz sich als schwächer ansprach. Am Montanmarkt zeigte sich auf die Anfrage nach der Generalversammlung Stellungnahme für Rheinstahl-Aktien Kaufbegehr, während die Aktien des Bochumer Gusstahl-Vereins etwa 3 %, der Gelsenkirchner Gesellschaft 4 %, der Harpener und der Phoenix-Gesellschaft je 2¾ % verloren. Auch Schiffahrts- und Rüstungswerte waren überwiegend niedriger, während Farbwerte, vor allem die Aktien der Badischen Anilinfabrik (+5 %) höher bewertet wurden. Gute Meinung bestand auch für einzelne Elektropapiere. Stark rückgängig waren die Aktien der Orientbahn (−8 %), während sich jene der Prinz Heinrich-Eisenbahn um 2½ % erholen konnten. Niedriger waren sodann Canada-Shares und Kolonialwerte. Am Einheitsmarkt war das Geschäft unerheblich, die Kurse meist niedriger. In fester Tendenz verkehrten heimische Anleihen bei teilweise gebessertem Kurse. Tägliches Geld stand mit 4½ % zur Verfügung; Privatdiskont 4⅝ % und darunter.

Von Einheitswerten waren höher:

Dressiner Gardinen 3½, J. Eisbach 3½, Joseich Asphalt 6, Rasquin 10, Dürkopp 5, Rhein. Möbelstoff 4½, Finkenkrug Terrain 8, Adler & Oppenheimer 6, Ludw. Hupfeld 5, Rosenthal Porz. 5, Concordia Bergbau 4, Lothringer Zement 4, Aluminium Industrie 20, Gothaer Waggon 5.

Niedriger: Luckau & Steffen 10, Brown, Boveri & Co. 15, Vogtländ. Tüll 5, Ver. Zypen 3½, Fraustädt. Zucker 4½, Porz. Königszelt 3½, Zeitzer Masch. 5, Gerbstoff Renner 6, Thale Eisen 4½, Hugo Schneider 5, Bachmann & Ludewig 3½, J. P. Bemberg 4, Eisenwerk Silesia 3½, Flöther Masch. 4, Märk. Westfäl. Bergwerk 7.

*

Reichsbankdiskont 5%, Lombardzinsfuss 6 %.

Liste

der mit variablen Kursen gehandelten Papiere.

	Schlusskurse v. 2. 5.	Anfangskurse v. 5. 5.		Schlusskurse v. 2. 5.	Anfangskurse v. 5. 5.
Anatolier . . .	—	—	Mannesm. . . .	156	—
Franzosen . . .	—	—	Peter-Eis.-B. .	117½	115½
Lombarden . .	19½	19½	Eisen-Ind.	137½	—
Prinz Henry . .	130	132½	Phönix	180½	177½
Orientbahn . .	238½	—	Rhein. Stahl .	—	184½
Schantung . .	137	135½	Gothaer . . .	168½	—
Gr. Berliner . .	122½	122	Akt. f. Anilin .	—	—
Oestr. Kredit .	—	—	Bad.	270	275
Türk. Tabak . .	409	408	Chbert. Färb. .	256½	257
Dt. Austral. . .	159	158½	Höchster . . .	249½	251
Hbg. Paket . .	102½	103	A.-G. d. . . .	175	174
„ Südamer. .	178½	177½	Bergmann . .	141	142
Hansa	289	286	Siem. u. Halske	158	161
Nordd. Lloyd .	106½	106½	Schuckert . . .	122½	—
Hamburgh. . .	171	171	Allg. Grill. . .	164	164½
Bochumer . .	183	180½	Hebr. Böhler .	174½	170½
Dt. Luxemburg	139½	138	Dt. Waffen . .	241	235
Felsenkirchen .	167½	164	Hirsch Kupfer .	209½	208½
Harpener . . .	145	142½	V. Köln-Rottw.	216	212½
Hohenlohe . .	108	107½	Ivanstein . . .	168½	—
Kattowitzer . .	137½	138½	Rhein Metall .	168	—
Laura	—	—	Daimler . . .	204½	205
Lothr. Hütte .	162½	159	Dt. Kali . . .	178	177½

Dividendenvorschläge.

Gesellschaften	Vorschlag 1918	Gezahlte Dividende 1917	1916	1915	1914
A.-G. für Federstahl-Industrie	8*	12	8	5	0
C. F. Weber A.-G.	16	16	12	8	4
Deutsche Gusstahlkugel- und Maschinenfabrik	15	25	25	25	10

*) Aussordem 100 ℳ Bonus.

Devisenkurse.

Berlin.

Telegraphische Auszahlungen:		5. Mai Geld	5. Mai Brief	8. Mai Geld	8. Mai Brief
Holland	100 Gulden	460	461½	475	476½
Dänemark	100 Kronen	290	290½	300	300½
Schweden	100 Kronen	314	314½	324	324½
Norwegen	100 Kronen	297	297½	312	312½
Helsingfors	100 finnische Mark	127½	128½	132½	133½
Schweiz	100 Franken	238	238½	243	243½
Wien	100 Kronen	47,45	47,55	47,95	48,05
Madrid u. Barcelona	100 Peseta	202	203	199	200

Wien, 5. Mai.

	K. v. 2. 5.	30. 4.		K. v. 2. 5.	30. 4.
Berlin	201,85	201,85	Konstantinopel . .	—	—
Amsterdam . . .	1020,90	1031,00	Türkische Noten .	—	—
Zürich	400,00	390,00	Marknoten . . .	201,50	201,50
Kopenhagen . . .	624,50	651,50	Rbl.-N. Romanow .	—	—
Stockholm . . .	666,00	699,00	Dinar	—	—
Christiania . . .	644,75	671,75	Levantenoten . .	—	—

Amsterdam, 1 Mai.

	K. v. 1. 5.	30. 4.		K. v. 1. 5.	30. 4.
Berlin	21,65	21,371	Stockholm . . .	62,50	65,50
Wien	10,90	10,50	New York . . .	248,75	249,25
Schweiz	50,40	50,25	London	11,64½	11,65
Kopenhagen . . .	62,10	62,90	Paris	41,30	41,40

Disconto-Gesellschaft, Berlin.

Ordentliche Generalversammlung.

Die Kommanditisten unserer Gesellschaft werden hierdurch auf

Mittwoch, den 21. Mai 1919, nachm. 4 Uhr,

zu der diesjährigen ordentlichen Generalversammlung nach unserem hiesigen Gesellschaftsamt, Behrenstraße 42, II, eingeladen.

Verhandlungsgegenstände:

1. Vorlage der Bilanz und der Gewinn- und Verlust-Rechnung sowie der Berichte der Gesellschaftsinhaber und des Aufsichtsrats für das Jahr 1918. Beschlussfassung über die Genehmigung der Bilanz, die Gewinnverteilung und über die der Gewinnung zu erteilende Entlastung.
2. Neuwahlen des Art. 1 der Satzung (Ausscheiden des Herrn D. May von Schinkel aus der Zahl der Gesellschaftsinhaber) und Genehmigung der Ernennung eines Ersatzmannes.
3. Satzungsänderung.

Zur Teilnahme an der Generalversammlung ist jeder Kommanditist, zur Stimmenabgabe bei den zu fassenden Beschlüssen sind nur diejenigen Kommanditisten berechtigt, deren Anteile mindestens acht Tage vor Berufung der Generalversammlung im Miteigentum der Gesellschaft auf ihren Namen eingetragen sind, und wo ihre Anteile — oder Depotscheine der Reichsbank oder der Bank des Berliner Kassen-Vereins — spätestens einen Tag vor der Generalversammlung eine der bei einem Notar oder

in Berlin in unserer Effekten-Abteilung, W. Behrenstraße 42/44, und bei unseren Niederlassungen in Aschersleben, Bad Oeynhausen, Bielefeld, Bochum, Braunschweig, Bremen, Burg b/M., Cöbleuz, Cöpenick, Cöthen i/A., Cüstrin, Danzig, Dessau, Detmold, Essen, Frankfurt a. O., Frankfurt a. M., Gießen, Gronau i/W., Halberstadt, Hannover, Hattingen, Herford, Hildesheim, Homburg v. d. H., Königsberg i/Pr., Lemgo, Lübeck, Magdeburg, Mainz, Metz, Minden i/W., Mühlhausen i/Th., Mülheim (Ruhr), Münster i/W., Naumburg a/S., Nordhausen, Offenbach a. M., Peine, Posen, Potsdam, Rheine i/W., Saarbrücken, Salzwedel, Stendal, Stettin, Tilsit, Trier, Wiesbaden,

„ Cöln bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G. und bei dessen Niederlassungen in Aachen, Beuel, Bonn, Cleve, Cöln-Mülheim, Crefeld, Düsseldorf, Duisburg, Düren, Dülken, Düsseldorf, Emmerich, Berg.-Gladbach, Godesberg, Grevenbroich, Hamborn, Meiderich, Mörs, Neuss, Neuwied, Odenkirchen, Rheydt, Ruhrort, Siegen, Viersen, Wesel,

„ Hamburg bei der Norddeutschen Bank in Hamburg und bei deren Niederlassungen in Altona und Harburg a. E.,

ferner:

in Augsburg bei der Bayerischen Disconto- und Wechsel-Bank A.-G.,
„ Barmen bei dem Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp.,
„ Breslau bei dem Bankhause E. Heimann,
bei dem Bankhause G. v. Pachaly's Enkel,
„ Cöln bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G. (siehe oben),
bei dem Bankhause A. Levy,
bei dem Bankhause Sal. Oppenheim jr. & Cie,
„ Dresden bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt, Abteilung Dresden,
bei dem Bankhause Philipp Elimeyer,
„ Frankfurt a. M. bei der Deutschen Effecten- und Wechsel-Bank,
„ Hamburg bei der Norddeutschen Bank in Hamburg (siehe oben),
bei der Vereinsbank in Hamburg,
„ Karlsruhe i. B. bei der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G.,
bei dem Bankhause Veit L. Homburger,
bei dem Bankhause Straus & Co.,
„ Leipzig bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt und bei deren Abteilung Becker & Co.,
„ Magdeburg bei dem Bankhause F. A. Neubauer,
„ Mannheim bei der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G.,
„ Meiningen bei der Bank für Thüringen vormals B. M. Strupp A.-G.,
„ München bei der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank,
bei der Bayerischen Vereinsbank,
„ Nürnberg bei der Bayerischen Disconto- und Wechsel-Bank A.-G.,
bei dem Bankhause Anton Kohn,
„ Stuttgart bei der Stahl & Federer A.-G.

gegen Bescheinigung bis zur Beendigung der Generalversammlung hinterlegen.

Berlin, den 2. Mai 1919.

Direction der Disconto-Gesellschaft.

Die Geschäftsinhaber

Dr. Salomonsohn. Dr. Russell. Urbig. Dr. Solmssen. Waller. Dr. Mosler. Dr. Fischer. Schlieper.

Laxogran

(Name gesch. gesch.)

Laxogran hat gegenüber anderen Abführmitteln den großen Vorzug der Dauerwirkung.

General-Depot und Versand

Hohenzollern-Apotheke, Berlin W. 10,

Königin-Augustastraße 50. Telephon 133.

Zu beziehen durch jede Apotheke. 17.8

Metzner

Kinderwagen-Weithaus

Größte Auswahl Berlins

Andreasstr. 23 Andreasplatz

Frankfurter Allee 65 Boxhagerstr. 67

Leipziger Str. 54 Friedrichstr. Bergstr. 133

Sonntags: Charlottenstr. 24a

Sektkorke, gebraucht, Stück 20 Pfg., Weinkorke kg. Stck. 4 Pf. kauft Sperber, Berlin, Strasse 18, Rosenthaler Tor, Norden 4368.

Mehrere Millionen Mark

werden für ein großartiges Unternehmen, welches der Lage und des Landes wegen vor jeden den Betrieb störenden politischen Einflüssen geschützt ist und eine absolut sichere und hoch verzinsliche Kapitalsanlage garantiert, gesucht. Bei Beteiligung mit größerem Kapital ist tätige Beteiligung nicht ausgeschlossen.

Nur direkten Interessenten erteilt kostenlose Auskunft

P. Michalke, Berlin C. 25, Münzstraße 20.

Fernsprecher: Alexander 3826. 2371

Liesegang & Kosch

Magdeburg Hamburg Wien

Technische und elektrotechnische Bedarfsartikel

für Fabriken, Berg- u. Hüttenwerke, Eisenbahnen usw.

Sicherste Kapitalsanlage!

Mehrere Millionen Mark!

Von einem eminent tüchtigen Techniker mit Ia Referenzen werden zur Neugründung für Fabrikation und Vertrieb eines einen gewaltigen Fortschritt bedeutenden Apparates, welcher auf allen Gebieten in der ganzen Welt unentbehrlich und durch Patente monopolisiert ist, stille Beteiligungen von 500 000 ℳ aufwärts per sofort gesucht. Die Aufsicht auf hohen Gewinn des großen Unternehmens ist unbegrenzt. (Vollständig ohne jedes Risiko.) Es kommen nur ernste, schnell entschlossene Selbstgeber in Betracht und erhalten ausführliche, streng diskrete Auskunft durch

P. Michalke

Berlin C. 25, Münzstr. 20.

Fernruf: Alexander 3826.